

# Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: wöchentl. 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 20 Pf., monatl. 1,05 RM. + 80 Pf. Botenlohn = 2,15 RM. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 RM., unter Streifenband 8 RM. Einzigenpreis: Die gebundene Wochenscheine oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Messungsaussagen 8 Pf. Kellamerspreis: Die dreifachste Wochenscheine oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestellen in der Hauptexpedition am 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 48002. Postfach 50 Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50 (Gintlerhaus). Fernsprecher 489 08. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—19 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Vertretung: Schlesiens Verlags-Gesellschaft m. B. O. Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 48002.

## Neuer Lohnraub-Anschlag für Breslauer Metallarbeiter perfekt

DMV.-Bürokratie unter Führung von Ziegler schließt neuen Lohn Tarif mit Lohnfürzung ab / Auch alle Gewerkschaftler protestieren gegen diesen neuen Verrat / Nun haben die Betriebsbelegschaften das Wort

Breslau, 19. November. In der am Donnerstag abgehaltenen Branchenversammlung der Maschinenbauarbeiter, an der auch die Konstruktionsarbeiter und Former teilgenommen hatten, wurde bekannt, daß die Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit dem Verband schlesischer Metallindustrieller einen neuen Lohn Tarif mit Lohnraub abgeschlossen hat. Der neue Lohn abzug soll 1 bis 2 Pfennig pro Stunde betragen. Der Tarif tritt rückwirkend vom 13. November in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Januar 1933.

Schon in dieser Branchenversammlung kam die ungeheure Empörung und der Kampfzorn auch aller Gewerkschaftler zum vollen Ausdruck. Die Kommunistische DMV.-Sekretärs und SMP.-Führers Ziegler, konnte die Empörung der Kollegen über den Verrat der Gewerkschaftsführung nicht abdammen.

Die von den Gewerkschaften vorigen Monats durchgeführte Urabstimmung in den Breslauer Metallbetrieben hatte als Ergebnis, daß 82 Prozent aller Metallarbeiterkollegen gegen jeden Pfennig Lohnraub und somit für den Kampf stimmte. Die DMV.-Bürokraten mit Ziegler an der Spitze, hatten versucht, diesen eindeutigen Kampfeswillen der Belegschaften umzufälschen, durch eine Abstimmung in der Mitgliederversammlung des DMV. Diese Absicht wurde auch hier durchkreuzt. Von 315 anwesenden Kollegen hatten 208 auch den neuen Vorschlag des Arbeitgeberverbandes abgelehnt.

Wenige tagtäglich kann man es in der sozialdemokratischen und SMP.-Presse lesen, wo auch die Führer der SPD und SMP. „Kampf gegen Lohnraub“ predigen. Wir erinnern die Kollegen an die großen Wahlversprechungen. Die „Sozialistische Arbeiterzeitung“ veröffentlichte am 21. Oktober 1932 die Kampflosungen der SMP., in denen es unter anderem heißt:

„Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. — Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub. — Kampf gegen Sozialabbau. — Fortführung stillgelegter Betriebe.“

Und wie sich diese SMP.-Führer den Kampf gegen Lohnraub denken, das hat Ziegler in der am 7. November stattgefundenen Mitgliederversammlung des DMV. im „Schleierwerder“ offenbart. Er sprach für die Annahme des Lohnabbaues und erklärte cynisch folgendes:

„Der Lohnabbau liegt im Auge der Zeit; man kann jetzt wenig dagegen tun, um diesen aufzuhalten.“

Dieser Anschlag von Ziegler ist die Bestätigung dafür, daß die Führer des DMV. keinen Finger zur Auslösung des Kampfes rühren werden. Sie werden vielmehr alles daran setzen, um die Auslösung des Kampfes zu verhindern.

Die sozialdemokratische „Vollmacht“ von gestern veröffentlicht auf der ersten Seite einen längeren Artikel mit der Überschrift: „Die Finanz Papens“ und schreibt unter anderem hierzu folgendes:

„Die erste Notverordnung dieser von Volk und Parlament völlig unabhängigen Regierung schmälerte das jährliche Einkommen der Armen, der Arbeiter und der Arbeitslosen um 1 1/2 Milliarden Mark. Es folgte die Salzsteuer und die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf durchschnittlich 9 Mark in der Woche und auf den juristischen Anspruch von 6 Wochen. Das war der erste „Papen-Streich“.“

Dieser erste und die darauf folgenden Papen-Streiche waren nur möglich, weil die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer

mit ihrem Einfluß auf entscheidende Teile des Proletariats die Auslösung von Massenkämpfen verhinderten. Die Larnow und Co. haben mehrmals ihre Bereitwilligkeit zur Durchführung des Papen-Programms erklärt. Wir erinnern die Breslauer Metallarbeiter an die verbrecherische Streikbruchrolle der Gewerkschaftsführer im Hamburger und Berliner Verkehrsarbeiterstreik und in Schlesien im Textilarbeiterkampf. Systematisch haben diese Papen-Straße den Streikbruch organisiert und die Staatsmacht gegen die heroisch kämpfenden Arbeiter gesetzt. Die Wahlleiter der SPD. zwängt aber auf der anderen Seite die Führerschaft zu noch größeren „linken“ Manövern. In der Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 15. November, der Breslauer Sozialdemokratie, hat Aufhäuser auch einige rabidate Phrasen vom „Kampf gegen die Reaktion“ vom Stapel gelassen. Aufhäuser führte aus:

„Das Aktionsprogramm der freien Gewerkschaften und der SPD. läßt an die gegenwärtigen Verhältnisse an; es ist der einzige Weg aus den Niederungen dieser Wirtschaft herauszukommen. Früher haben wir uns theoretisch getrieben, welches der beste Weg sei, heute müssen wir bald und praktisch helfen. Auch in einer Zeit, wo wir noch keinen Bolschewismus haben, müssen wir an die Einkommenverteilung und den Bedarf heran. Der 20. Juli war für uns das äußere Zeichen der notwendigen Umstellung unserer Politik, nachdem wir aus dem Staat hinausgedrängt worden sind, jetzt kommt es allein auf unsere Machtausübung an, wie nun die Reaktion wirksam bekämpft wird. Hinter uns liegt Weimar, vor uns aber muß wieder Weimar liegen, das heißt, die Wiederherstellung unserer Volksrechte.“

Die Millionen deutscher Arbeiter, Frauen und Kinder, hungern seit Jahr und Tag, und Herr Aufhäuser redet davon, daß wir noch keinen Bolschewismus haben. Auch die Zeit nach 1918, wo die Sozialdemokratie in den Regierungen entscheidenden Einfluß ausübte, hatte wahrlich nichts zu tun, mit Sozialismus. Ihre Koalitionspolitik führte gerade zur Festigung der kapitalistischen Herrschaft. Die deutsche Arbeiterklasse hat an eigenen Leibe die 14 Jahre Weimarer Republik verspürt. Mit Hilfe der Weimarer Verfassung und ihrem Artikel 48 triumphierte die unumschränkte faschistische Herrschaft des Truhs, Agrar- und Finanzkapitals. Deshalb heißt die Parole für die Arbeiterklasse, nicht Weimarer Republik, nicht zweite Republik, nicht Drittes Reich, sondern Arbeiter- und Bauern-Republik. Erst diese wird allen Beteiligten Arbeit, Brot und Freiheit geben.

Die Lebenslage der Breslauer Metallarbeiter ist durch den jahrelangen fortgesetzten Lohnraub unerträglich geworden. Sie allein haben es in der Hand, diesen Lohnraub zu zunichte zu machen. Der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie muß mit der sofortigen Organisierung und Auslösung des Kampfes beantwortet werden. Heute schon und am Anfang nächster Woche müssen in jedem Metallbetrieb Betriebsversammlungen stattfinden, die den neuen Tarifvertrag geschlossen ablehnen, die die Wahl von Lohnkommissionen vornehmen, die in eurem Auftrage ultimativ vom Unternehmer die Weiterzahlung des alten Lohnes fordern. Ueberall dort, wo der Unternehmer einer Ultimatum ablehnt, überall dort muß der Streik beschlossene und eine Streikleitung aus eurer Mitte, ohne Rücksicht auf die parteipolitische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit, gewählt werden. Die Kollegen, die euer Vertrauen besitzen, gehören in diese Kampfleitungen. Nur die eigene Kampfführung verbürgt den Sieg eures Kampfes.

fernen wären. Die Schupo schlug mit Gummiknüppeln in die hungernden Erwerbslosen ein. Ein Arbeiter und eine Arbeiterin wurden verletzt.

Für die hungernden Erwerbslosen gibt es anstatt Winterhilfe nur Gummiknüppelstöße!

Das Hebersalkommando wurde zur Verstärkung herangezogen, weil die Erwerbslosen energisch auf ihren Forderungen beharrten. Die Polizei räumte das Haus und die Straße.

Dem Mann der niedergeschlagenen Frau wurde sogar noch die Unterstützung verweigert. Unter dem Druck der Erwerbslosen mußte auch hier die Wohlfahrt die Unterstützung auszahlen.

Erwerbslose! Ihr seht daraus, daß nur etwas erreicht werden kann, wenn sich die Erwerbslosen tatkräftig für ihre Forderungen einsetzen. Deshalb heraus aus euren Stuben! Reist euch ein in die geschlossene Kampffront, und kämpft gemeinsam für eure Forderungen!

## Mobilmachung! Gegen jede Faschistenregierung

Der Sturz des Kabinetts Papen-Schleicher ist für die deutsche Arbeiterklasse ein Alarmsignal, welches bedeutet

**sofortige stärkste außerparlamentarische Mobilmachung!**

Macht Sturm in den Betrieben und an den Stempelstellen und in den proletarischen Massenorganisationen, insbesondere in allen Gewerkschaftsverbänden! Denn alle Arbeiter und Arbeiterinnen geht das an. Die Regierung Papen-Schleicher ist gestürzt, aber der neuen Regierung, die Hindenburg nach dem Willen der Bourgeoisie berufen soll, wird vom Finanzkapital die Aufgabe gestellt, den Papen-Kurs verschärft fortzuführen, die Offensive gegen das arbeitende Volk zu verschärfen! Deshalb muß die Arbeiterklasse mobilmachen!

Das Kabinet Papen-Schleicher ist gescheitert, weil es unfähig war, die Schwierigkeiten zu meistern, die mit der Zuspitzung der Krise des deutschen Kapitalismus von Woche zu Woche arder wurden. Das Papen-Programm der „Wirtschaftskonjunktur“ ist bankrott, — übrig geblieben ist nur das durch die drei Milliarden Vorschüsse an die Besiegenden entstandene Loch in den Reichsfinanzen. Die Finanzpolitik steht vor einer drohenden Katastrophe. Der Außenhandel ist durch die Kontingenzierungspläne des Kabinetts Papen ein Trümmerfeld geworden. Die Außenpolitik der Papen und Neuraith hat Deutschland nach der Annahme des ungeheuerlichen Tributsvertrages von Lausanne in völlige Isolierung hineinmanövriert. Diese auf allen Gebieten rapid wachsenden Schwierigkeiten haben die Stellung des „Präsidentenkabinetts“ unterminiert.

Aber der Sturz der Regierung Papen-Schleicher wurde herbeigeführt durch die deutsche Arbeiterklasse und ihre Führerin, die Kommunistische Partei. Unter der Führung der Kommunisten haben die Arbeitermassen dem Papen-Kurs einen wachsenden Widerstand entgegengeleitet. In einer gewaltigen Streikwelle haben die Belegschaften unter der Führung der KPD. und KAD. den Lohnabbau-Feldzug zum Scheitern gebracht. Der große Streik der Berliner Verkehrsarbeiter, auch wenn er durch den schandlosen Verrat der Sozialdemokratie und der Hitlerpartei abgewürgt wurde, hat sehr wesentlich zum Sturz des Papen-Kabinetts beigetragen. Unter der Führung der Kommunisten ist die 7-Millionen-Armee der Arbeitslosen zu einem neuen Leben erwacht.

Präsidentlich verkündete noch zwei Tage vor der Wahl der Reichstanzler Papen, daß er und sein Kabinet den Kommunismus mit Stumpf und Stiel austrotten wollen. Die 6 Millionen werttätiger Wähler, die am 6. November für die KPD. stimmten und sich zu den klaren Kampsparolen des Kommunismus bekannten, haben dem „Präsidentenkabinet“ die richtige Antwort gegeben, und die Gemeindegewalt in Sachsen, Saargebiet und Ahdal zeigte an, daß der Vormarsch der revolutionären Bewegung in Deutschland unaufhaltbar weitergeht. Dies ist der entscheidende Grund für den Sturz des Kabinetts Papen-Schleicher.

Die bleiche Furcht vor der anschwellenden „roten Flut“ treibt die deutsche Bourgeoisie dazu, über alle ihre inneren Differenzen hinweg einen neuen Versuch zur Konzentration aller faschistischen Kräfte zu machen. Dem Reichstanzler von Papen konnte diese Aufgabe, die „nationale Konzentration“ herbeizuführen, nicht mehr gelingen, weil der Druck der werttätigen Massen auf die Hitlerpartei den Hitler, Straßer, Goebbels ein offenes Hinübergehenden zu dem Kanzler des Lohnabbaues und der Unterstützungs Kürzung, des 20. Juli und der Sondergerichte unmöglich machte. Deshalb mußte Papen gehen, damit ein anderer an seiner Stelle den Versuch wiederholen kann.

Gegen die Einheitsfront der arbeitenden Massen, so sagten die „deutschen Führerbriefe“, kann sich auf die Dauer eine Diktatur-Regierung selbst mit militärischen Mitteln nicht halten. Deshalb ist es das Bestreben der Bourgeoisie, ihrer Klassen diktatur eine möglichst breite Massenbasis zu geben, indem sie sowohl die Hitlerpartei wie das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften in irgendeiner Form an die Mobilisierung ihrer Kräfte mit Quasiführer macht die deutsche

### Im Zeichen der Einheitsfrontaktion

## Erwerbslose erzwingen Auszahlung gesperrter Unterstufungen

Gummiknüppel-Attake gegen hungernde Frau

Breslau, 18. November. Der Stadtrat Daumann hatte der Delegation der Erwerbslosen versprochen, daß die Lebensmittel- und Brotcheine sowie die Kohlenmarken alsbald auf den Blockstellen ausgegeben würden. Auf Grund dessen hatten sich die Erwerbslosen Donnerstag früh auf der Blockstelle 4 eingefunden, um die Lebensmittel- und Kohlencheine in Empfang zu nehmen. Sie wurden aber Zeugen, wie ein jugendlicher Erwerbsloser, der schon acht Wochen keine Unterstützung erhalten hatte und deshalb von seiner Mutter, die auch nur 8 Mark Stempelgeld erhält, nicht mehr ernährt werden konnte, vor Hunger zusammenbrach. Der Arzt stellte Schwäche fest. Der Erwerbslose kam gerade vom Buchstabenarbeiter und hatte wieder einmal eine ablehnende Antwort auf seine berechtigten Unterstützungsfororderungen erhalten. Das zeigt, daß man die Erwerbslosen buchstäblich verhungern lassen will. Nur wenn sich die Erwerbslosen energisch zur Wehr setzen und für eine ausreichende Unterstützung kämpfen werden die Märsche der Kommunisten erfolgreich gemacht.

entstand eine große Erregung unter den anwesenden Frauen, weil sie ja alle Mütter sind und hier das Leiden des eigenen Kindes haben. Unter dem Druck der Erwerbslosen wurde die Wohlfahrt gezwungen, der Mutter des erwerbslosen Jungarbeiters Brot und Lebensmittelcheine zu bewilligen. Der Jungarbeiter mußte dann ins Krankenhaus geschafft werden.

Die Wohlfahrtserwerbslosen verlangten von ihren Buchstabenarbeitern die Brot- und Lebensmittelcheine sowie Kohlenmarken. Man gab sie aber nicht aus, und deshalb forderten die Erwerbslosen, daß Stadtrat Daumann angekündigt werde, damit er seine Anweisung zur Durchführung der versprochenen Winterhilfe die Antwort, daß Lebensmittelcheine und Brotmarken nicht ausgegeben werden und die Kohlenmarken eventuell am 1. Dezember zur Ausgabe gelangen. Weiter gab Stadtrat Daumann die Anweisung, daß die Erwerbslosen aus dem Block der Blockstelle 4 mit Brot und

Bourgeoisie (wie dies die Panerische Volkspartei ganz offen ausgesprochen hat) sich auch der Forderung durch die Sozialdemokratie und die Kontrolle der freien Gewerkschaften verschließen.

Die SPD. und ADGW. Führerschaft hat ja auch gegenüber dem Kabinett Papen-Schleicher die Forderung einer Tolerierung eingebracht. Im Auftrag des ADGW. verkündete Tarnow als die Politik der Gewerkschaften, daß sie dem Papen-Kabinett für die Durchführung seines Wirtschaftsprogramms (das heißt seines Lohnabbauprogramms) „eine Chance“ geben wollten. In Verfolg dieser Politik haben die sozialdemokratischen Führer während der großen Streikwelle der vergangenen Wochen die schamlosen Verrätereien begangen, — bis zur offenen Streikbruchpolitik im Berliner, Westfälischer Arbeiterstreik. Warum — so sagt sich die Bourgeoisie — sollte eine solche SPD. und ADGW.-Führung nicht auch das neue faschistische Kabinett tolerieren und unterstützen?

Die neue Regierung wird — gleichgültig, wie sie personell zusammengesetzt sein wird, d. h. ob Hitler oder sonst wer Minister wird — eine Regierung der faschistischen Bourgeoisie gegen das arbeitende Volk sein. Das heißt konkret:

Mit Hilfe der Nazis und des Zentrums (und mit Unterstützung der SPD. und ADGW.-Führer!) soll der Lohnabbaupolitik durchgeführt werden, an dem Papen gescheitert ist;

Mit Hilfe der Nazis und des Zentrums (und gestützt auf die sozialdemokratische Dege gegen die rote Einheitsfront!) soll der neue Tarif gegen die Arbeiterlosen und alle übrigen Schichten der Sozialverderbten durchgeführt werden, zu dem die Kraft des Kabinetts Papen-Schleicher nicht mehr ausreichte;

Mit Hilfe der Nazis und des Zentrums soll die drohende Finanzkatastrophe durch neue Maßentwerfen eingedämmt werden, soll durch rückwärtshaltende Verteuerung der Lebensmittel eine neue Stützungsaktion für das bankrotte Agrarkapital durchgeführt werden;

Mit Hilfe der Nazis und des Zentrums (und gestützt auf den sozialdemokratischen Kampf gegen die rote Einheitsfront!) will die Bourgeoisie den Widerstand der arbeitenden Massen gegen diese Politik des Hungers und der Verelendung durch den brutalsten faschistischen Terror brechen.

Die deutsche Arbeiterklasse hat das Kabinett Papen-Schleicher gestürzt. Jetzt aber steht vor ihr die Aufgabe, die Durchführung der Papen-Politik und des Papen-Programms endgültig zu verhindern, das von der neuen Regierung fortgesetzt werden soll.

Gegen die Macht der deutschen Arbeiterklasse kann sich keine Regierung in Deutschland halten. Der Sturz der Papen-Regierung ist ein neuer Beweis dafür. In der Kampfkräft der deutschen Arbeitermassen muß auch die neue Regierung zerbrechen. Die deutsche Bourgeoisie hat keine größere Sorge als die, daß in der roten Einheitsfront unter der Führung der Kommunisten sich die Arbeitermassen zu einer gewaltigen Gegenoffensive vereinigen und in politischen Massenaktionen und Massenstreiks der faschistischen Diktatur entgegen treten. Darum werden die Kapitalisten alles daran setzen, um die rote Einheitsfront zu unterdrücken, und die Vereinigung der Massen des arbeitenden Volkes zu einer solchen gewaltigen Gegenoffensive zu verhindern. Wir müssen damit rechnen, daß in den nächsten Tagen die verheerenden Verwirrungs- und Täuschungsmanöver durchgeführt werden, um die Arbeitermassen von der Kampfverbreitung abzuhalten. Dagegen gilt es jetzt den schärfsten Kampf zu führen!

In allen Betrieben, an allen Stempelstellen, in allen proletarischen Massenorganisationen macht mobil für die rote Einheitsfront zum Kampf gegen jede Faschistenreaktion. Insbesondere rufen wir den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern die ungeheuren Gefahren vor Augen, die durch die Hunger- und Verelendungspolitik des Faschismus der deutschen Arbeiterklasse drohen. Der zu uns! Der zur roten Einheitsfront, damit wir den Faschismus schlagen können!

Den Arbeiterelementen in der NSDAP. müssen wir vor Augen führen, daß jetzt die Hitlerpartei erneut auf dem Sprung steht, sich mit den brutalsten Elementen der deutschen Ausbeuterklasse, mit den reaktionären Scharfmachern der Hugenberg-Papen-Front zu verbinden, um den bankrotten deutschen Kapitalismus zu retten. Wo ist eure Front, ihr E.A.-Proleten; bei den Trustlöhnen, Bankmagnaten und Kartoffeljunkern, oder bei uns in der Einheitsfront der werktätigen Massen!

Für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ist die Lage ungeheuer ernst. Keine Stunde ist zu verlieren für die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen. Darum, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen und all ihr Werttätigen Deutschlands, die ihr euren Lohn, eure große Unterstützung, eure Existenz gegen den räuberischen Kapitalismus und den mörderischen Faschismus verteidigen wollt, rüht zum Kampf! Seid bereit!

### Aufruf der RGO. und roten Betriebsräte:

# Schmiedet die rote Kampfeinheit!

### Gegen Lohnraub, faschistische Diktatur und Antifowjetheke!

Sindenburg, 19. November. Die roten Betriebsräte des Industriegebietes (Bergbau, Metallindustrie und Eisenbahn) trafen am 17. November zu einer Vollversammlung in Sindenburg zusammen.

Die Tatsache, daß die Unternehmer in der ober-schlesischen Metallindustrie wie in dem Gleimiger Guldshinsky-Werke und die Zechenbarone auf fast allen Grubenanlagen zum Angriff auf die Löhne und Arbeitszeit übergehen und gleichfalls auf der Eisenbahn in verstärktem Maße die Ausbeutung der Arbeitskraft und die Nationalisierung weitertreiben, macht die Kampfeinheit aller Arbeiter zur dringenden Notwendigkeit.

Die roten Betriebsräte besaßen sich eingehend mit dieser Lage und nahmen auch gleichzeitig Stellung zur politischen Situation und der erbärmlichen Rolle der Sozialdemokratie, die durch ihre Haltung und Betrugsmanöver sowie einer wüsten Heße gegen die SPD. und RGO. die rote Kampfeinheit im Kampf gegen Lohnraub und Arbeitszeitverschlechterungen zu hintertreiben versucht.

### Täglich spitzt sich die Situation zu. Größer werden die Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen durch die faschistische Diktatur.

Neben Lohnraub und vollkommener Beseitigung des Achtstundentages, insbesondere im Bergbau, droht der Arbeiterklasse vollkommene Unterdrückung und Rechtslosigkeit durch „Verfassungsreform“, Verbot der SPD. und RGO. sowie der revolutionären Massenorganisationen. Eine wilde Antifowjetheke, besonders von der SPD. betrieben, hat im Kampf gegen den Bolschewismus eingesetzt. Das ist das Aesettreiben der imperialistischen Kriegstreiber gegen die Sowjetunion und gegen die revolutionäre Arbeiterklasse zur Entfaltung der faschistischen Diktatur.

### In dieser Situation appellieren die roten Betriebsräte und die RGO. an die sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, zur Verteidigung ihrer elementarsten Lebensrechte im Kampf gegen Lohnraub, faschistische Diktatur und imperialistischen Krieg die rote Kampfeinheit zu schmieden.

### Zu den Nazikrawallen

## Erklärung des Sozialistischen Studentenverbandes

Der Sozialistische Studentenverband erhebt schärfsten Protest gegen die unerhörten Vorfälle an der Universität, deren Opfer einer unserer Genossen war. Die Krawalle sind von den reaktionären Studentenorganisationen vom Waffentag bis zu den Nationalsozialisten planmäßig vorbereitet und durchgeführt worden. Noch heute schreibt das Breslauer Naziorgan, daß diese Gruppen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen werden. Daß es überhaupt zu diesen Vorfällen kommen konnte, ist darauf zurückzuführen, daß die linksgerichteten Studenten zu sehr auf die Maßnahmen der Universitätsbehörden gegen die Rufstörer vertraut haben. Wir erklären, daß alle die Zustände mitschuldig an den heutigen Vorkommnissen sind, die sich überhaupt auf Verhandlungen mit den Rufstörern eingelassen haben und ihnen damit die Gewißheit geben, daß keine scharfen Maßnahmen zu erwarten wären. Die zuständigen Behörden sollten aus den zahlreichen Krawallen an den deutschen Universitäten gelernt haben, wie man gegen Rufstörer vorgehen hat. Welche Schritte hat die Universität unternommen? Statt gegen die bekannten Rufstörer der ersten Krawalle vorzugehen, hat man sich darauf beschränkt, Eintrittskarten auszustellen, eine Maßnahme, über deren Zwecklosigkeit sich wohl sogar die Behörden klar waren.

Die heutige Schließung der Universität ist eine Kapitulation vor dem übelsten Intelligenzprolet, die den Rufstörern nur neuen Mut macht und damit die Universität dem faschistischen Terror ausliefert. Den Schaden haben die Studenten, die arbeiten wollen und müssen; auf deren Kosten können sich die Herren Nazis, die anscheinend viel Zeit haben, amüsieren. Gegen diesen Zustand werden sich alle die Studenten wehren, die nicht gewillt sind, sich dem faschistischen Terror zu beugen.



# 300 Arbeiter treten aus der Mannheimer SPD aus

### Wachsende Empörung über das neue Konkordatsverbrechen der Sozialdemokratie

Mannheim, 19. November. (Eig. Drahtber.) Der Konkordatsstreit innerhalb der SPD. nimmt immer heftigere Formen an und gewinnt auch für die Arbeiterklasse im Reich immer mehr an Bedeutung. Einmalig vertritt sich die Kluft zwischen den sozialdemokratischen Arbeitern und den sozialdemokratischen Führern, andererseits ist innerhalb der Führung der SPD. ein heftiger Streit über die Methoden des sozialdemokratischen Massenbetrugs entstanden, der mit den schärfsten Mitteln ausgeprochen wird. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, haben seit Montag allein im Unterbezirk Mannheim der SPD. 300 Mitglieder ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklärt. Fast alle Faschisten haben Protestentscheidungen gegen die Haltung der leitenden Instanzen angenommen. Die Erbitterung ist besonders groß unter den Funktionären und unter den Betriebsarbeitern der SPD. Viele wollen nur noch die Abtötung des badijschen Landtags abwarten, um dann die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Die Einberufung des außerordentlichen Bezirksparteitag hat eben als nicht die erhofften Wirkungen gezeigt. Die Bezüge versprechen sich von dieser Maßnahme ein Ablassen der Empörung. Dagegen wächst die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter und richtet sich nicht nur gegen das Konkordat, sondern wendet sich in immer schärferen Formen gegen die verräterische Politik der Sozialdemokratie überhaupt.

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Baden-Pfalz wendet sich mit einem Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter, gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern durch Einheitsfrontkomitees gegen Kulturreaktion und Faschismus den Kampf gegen die Kulturreaktion und die sozialdemokratische Koalitionspolitik aufzunehmen.

Besonders erbittert sind die Arbeiter über die Tatsache, daß der sozialdemokratische Staatsrat Rüdert, einer der Väter des Konkordats und dessen eifrigster Verfechter, wieder einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Einen Tag vorher hatte die Mannheimer sozialdemokratische „Volkstimme“ scheinheilig den Rüdert als Staatsrat und Vorsitzenden der badijschen Landtagsfraktion der SPD. verlangt. Rüdert wurde von denselben Mitgliedern des Landesvorstandes wiedergewählt, die sich in einer scheinradikal Erklärung gegen die Landtagsfraktion und gegen den Fraktionsführer Rüdert gewandt hatten. Durch diese Zusammenhänge wird das schamlose Betrugsstück der sozialdemokratischen Führerclique in Baden besonders klar aufgedeckt.

Für die Verschärfung des Kampfes in der Führerclique der SPD. über die Methoden des Massenbetrugs ist ein Leitartikel bezeichnend, den der berühmte Schöpflin in dem Karlsruher Organ der Sozialdemokratie, dem „Volkstreu“, veröffentlichte. Schöpflin wendet sich in der schärfsten Tonart gegen die Schreiwörter der

Mannheimer „Volkstimme“ und wirft ihr eine „unerhörte Mißachtung Rüderts“ vor. Er bemerkt, daß die Haltung der badijschen Landtagsfraktion „durchaus der politischen Linie, die die badijsche Sozialdemokratie seit nunmehr 13 Jahren mit oft in Deutschland unerkannter Konsequenz innegehalten hat“ entspricht. Damit hat Schöpflin nicht unrecht. Die heutige Haltung der badijschen Landtagsfraktion der SPD. entspricht tatsächlich der 13-jährigen Verräterpolitik der Sozialdemokratie.

Die schamlosen Betrugsmanöver, die die Sozialdemokratie während des Konkordatsbetrugs betrieb, werden von Schöpflin zugegeben, indem er erklärt, daß bei ruhigeren Verhältnissen „der Abschluß des Konkordats die badijsche Sozialdemokratie nie derartig aufgeregt haben würde“.

Wie sehr die badijsche Sozialdemokratie durch die Offenbarung der Kommunisten in die Enge getrieben wurde, geht aus folgendem Schlußsatz Schöpflins hervor:

## 20 000 schlesische Rote-Hilfe-Mitglieder protestieren gegen Chemnitzer Todesurteil

### Telegramm an das sächs. Justizministerium

20 000 Mitglieder der Roten Hilfe Schlesiens protestieren schärfstens gegen gefälltes Chemnitzer Todesurteil. Fordern Freilassung des Unschuldigen.

Rote Hilfe, Bezirksvorstand Schlesien.

## Das Versammlungs- und Demonstrationsverbot muß fallen

Breslau, 19. November. Die Geltungsbauer der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November dieses Jahres, die bis zum 19. November befristet war, ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten bis zum Ablauf des 2. Januar 1933 verlängert worden.

Die proletarische Offensive, die das Papen-Kabinett gesprengt hat, soll durch die Verlängerung des Demonstrations- und Ver-

„Sollte das Vorgehen des Genossen Farpuher (Chefredakteur der Mannheimer „Volkstimme“) innerhalb der badijschen Partei Schule machen, dann — wir sind leider genötigt, das zu sagen — aber Einigkeit und Geschlossenheit in der badijschen Sozialdemokratie.“

Ungewollt sind die Ausführungen Schöpflins ein Ausbruch der außerordentlich schweren Erschütterung der badijschen Sozialdemokratie und der Klassen Gegner, die in dieser Partei zu verzeichnen sind. Einig ist sich die gesamte Führerclique in der grundsätzlichen Bejahung des Konkordats. Uneinig sind sie sich nur in der Methode des Massenbetrugs. Die sozialdemokratische Arbeiterklasse dagegen ist sich einig in der Ablehnung des Konkordats. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, die proletarische Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter im Kampf gegen das Konkordat, gegen die Kulturreaktion und gegen den Faschismus herzustellen.

## 12 Jahre Zuchthaus

Leipzig, 19. November. Das Reichsgericht verurteilte wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz den Schreiner Wilhelm Strad zu 6 Jahren Zuchthaus, Robert Strad und den 28jährigen Bauarbeiter Stordabsied zu je drei Jahren Zuchthaus. Alle drei sind Antifaschisten.

Jeder neue Tag bringt neue Schredensurteile gegen antifaschistische Freiheitskämpfer. Jeder Tag muß aber auch die Enteignung des Massenkampfes gegen die Klassenjustiz, für die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen bringen. Jeder neue Tag muß eine Stärkung der einzigsten Solidaritätsorganisation der Roten Hilfe bringen. Vergesst eure in den Zuchthäusern schmachtenden Klassenbrüder nicht! Unterstützt die Winterhilfslampagne der Roten Hilfe!

# Verwirklicht die Beschlüsse der Partei

## Rede des Genossen Ernst Thälmann auf der Reichsparteikonferenz der KPD

**„Eine der ernstesten und wichtigsten Aufgaben der Parteikonferenz ist, in den Reihen unserer Partei und darüber hinaus in den Massen den Beschlüssen des 12. Plenums des EKKI volle Achtung zu verschaffen, das bedeutet nicht nur formale Anerkennung, sondern wirkliche, praktische Durchführung der Aufgaben, die uns das 12. Plenum stellt, wirkliche, lebendige Anwendung der Lehren, die es uns gibt.“**

Es ist für die politische Entwicklung der nächsten Zeit von großer Bedeutung, inwieweit wir die Beschlüsse des 12. Plenums der Exekutive der Komintern und die Verhandlungen und Beschlüsse unserer Parteikonferenz breiten Massen der Arbeiter in den Betrieben, in den Gewerkschaftsorganisationen, an den Stempelstellen, den Massen der Angehörigen, der Kleingewerbetreibenden und der werktätigen Bauern, den Millionen Jungarbeitern und arbeitenden Frauen nahebringen imstande sind.

Die Führerrolle unserer Partei können wir um so mehr durchsetzen, nicht, indem wir die Massen unter unser „Kommando“ bringen, sondern indem wir sie zur Mitarbeit an unserer Politik heranziehen. Sie sollen die Wichtigkeit unserer Politik in der Praxis erproben helfen, sie sollen an der Weiterführung, an der Erhöhung unserer Kampfmaßnahmen auf höhere Stufen tatkräftig beteiligt sein, aber das bedingt, daß wir die Verhandlungen und Beschlüsse unserer führenden Körperschaften den Massen nicht „verheimlichen“!

Auf dem Plenum der Exekutive sind die Erfahrungen aller Sektionen der Komintern verarbeitet worden. Das ist eine gewaltige Leistung, die den Arbeitern und Werktätigen aller Länder unmittelbar zugänglich gemacht werden muß. Manchmal meinen unsere Genossen, das sei für ungehaltene Arbeiter schwer. Stimmt das wirklich? Sind wir nicht verpflichtet, die Arbeiter und Werktätigen zu schulen? Selbstverständlich kommt viel darauf an, wie man an die arbeitenden Massen herangeht. Sollen wir gemeinsam die Methoden dieser Massenarbeit ausfindig machen, dürfen die Verhandlungen und Beschlüsse unserer führenden Körperschaften den Massen nicht vorenthalten werden. Genosse Thälmann betonte auf der Reichsparteikonferenz:

„Die Beschlüsse des 12. Plenums werden für die höhere Entwicklung der Bolschewisierung der Partei einen weiteren Meilenstein bedeuten, wenn unsere Partei versteht, von der Führung bis zur kleinsten Zelle die Durchführung der Beschlüsse zu garantieren.“

Die wichtigste Einführung in die Verhandlungen und Beschlüsse des 12. Plenums ist die Rede des Genossen Thälmann auf der Reichsparteikonferenz. Aber die Rede ist zugleich mehr: sie bedeutet die meisterhafte Konkretisierung der Beschlüsse für die proletarische Bewegung in Deutschland. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Besprechung auf die ungeheure Fülle von politischen Lehren, von organisatorischen und propagandistischen Maßnahmen einzugehen. Die Rede des Genossen Thälmann in der gedrängten Darstellung der wichtigsten Probleme und der Aufgaben unserer Partei ist eine unübertreffliche Einführung in die Politik der Komintern und unserer Partei, sie ist zugleich ein Lehrbuch für die Bewältigung der schwierigen Probleme in der Zuspitzung des Klassenkampfes am Ende der relativen kapitalistischen Stabilisierung, für die Durchführung der Streikämpfe und des gesteigerten Kampfes gegen die Papen-Regierung und ihr Programm.

Genosse Thälmann hat in seinem Referat eine ganze Reihe großer Probleme behandelt. Ausgehend von der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und der Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, sprach er eingehend über die Kriegsgefahr und die Voraussetzungen des internationalen revolutionären Aufschwungs. Zur Lage in Deutschland: Hier beschäftigte sich Genosse Thälmann mit der Frage des Faschismus und der Formen der Bourgeoisiediktatur, den Zerfallserscheinungen im Lager der Bourgeoisie und der Rolle der Sozialdemokratie, der sozialen Hauptstütze der Diktatur der Bourgeoisie. Die Erfolge, Mängel und Schwächen der Partei, die Fehler der Neumann-Gruppe und die Fehler der Anwendung der Einheitsfronttaktik wurden eingehend von Genossen Thälmann dargestellt. Am Schluß seines Referats stellte Genosse Thälmann die Aufgaben der Partei.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Ausführungen des Genossen Thälmann über die Strategie und Taktik der kommunistischen Partei. Es geht dabei um die Verschärfung unserer Kampfstellung gegen die Politik der Sozialdemokratie, um die Vertiefung unseres Kampfes um die Gewinnung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die Partei braucht äußerste Grundfestigkeit und größte Manövrierfähigkeit, um die Betrugsmanöver der SPD-Führer zu entlarven und zu durchkreuzen, um die Arbeiter in Anknüpfung an die kleinsten Tagesnöte in die Teilkämpfe hineinzuführen — als Vorstufen für die schärferen Klassenauseinandersetzungen. So wie in den Reihen der Anhänger der Sozialdemokratie die Vorbedingungen für unseren tieferen Einbruch im Westen sind, so stehen wir vor der Aufgabe, die ideologische Offensive gegen den Hitler-Faschismus mit größter Wucht zu verschärfen. Die Hitler-Bewegung ist in die Verteidigungsstellung gedrängt, jetzt heißt es nachstoßen.

In dieser Verbindung ist die Stärkung unseres Kampfes gegen die Kriegsgefahr, des Kampfes gegen Versailles, des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung, die Herausarbeitung des proletarischen Auswegs aus der Krise von entscheidender Bedeutung. Genosse Thälmann gibt eine ausführliche Begründung für die verstärkte Offensive des Kampfes gegen Versailles, die er durch die großen Kundgebungen in Essen und Paris eingeleitet hat. Es darf nicht bei diesen Kundgebungen und Proklamationen bleiben, wir müssen die Offensive vorantreiben, um die Papenpolitik und jeden kapitalistischen „Ausweg“-Versuch zu durchkreuzen und dem revolutionären Freiheitskampf einen gewaltigen leidenschaftlichen Impuls zu geben.

Für diesen Kampf ist die Verjüngung der Parteiführung, die Auffüllung mit neuen jungen Kräften ein wichtiges Problem, zugleich das Problem der Unterfütterung der Arbeit des Jugendverbandes. Arbeitsdienst, „Jugendertüchtigung“, Verschärfung der Kriegsgefahr — die Förderung der Arbeit des kommunistischen Jugendverbandes ist eine dringende Parteaufgabe. Die

Neumann-Gruppe hat die Jugend auf ihre Art „unterstützt“ — das führte zur Isolierung des Jugendverbandes. Das Steuer wird herumgerissen. Die ganze Partei wird dem Jugendverband helfen.

Eine Fülle von Problemen wird vom Genossen Thälmann behandelt. Wir müssen ungesäumt heran, um uns alle die Erfahrungen zu eigen zu machen. Es wäre ein Verbrechen am Proletariat, wenn wir nicht alle Kräfte anspannen, um ungesäumt unsere tägliche Arbeit in der Richtung der Beschlüsse unserer Reichsparteikonferenz auszurichten und zu verbessern.

Die Partei hat ihre feste Verbundenheit mit dem Zentralkomitee und dem Genossen Ernst Thälmann als Führer der Partei begeistert zum Ausdruck gebracht. Wir sind jedoch keine Partei wie die Parteien der bürgerlichen Gesellschaft, unsere Politik ist von Grund auf anders. Bei den bürgerlichen Parteien wie bei der SPD. sollen die Massen auf ihre Führung blind ver-

trauen, sollen die Führung gewähren lassen. Unsere Politik muß durch die Massen verwirklicht werden. Beweisen wir dies Vertrauen zur Komintern, zu unseren Beschlüssen, zu unserer Parteiführung, zum Genossen Thälmann, indem wir versuchen, die ganze welthistorische Bedeutung der Beschlüsse und Verhandlungen vollständig zu erfassen, in unsere tägliche Arbeit zu übernehmen und mit aller Kühnheit und revolutionären Sicherheit so unter die Massen zu bringen, daß wir die Durchführung der Beschlüsse garantieren können.

Genosse Thälmann sagt: Die Beschlüsse des 12. Plenums sind ein Meilenstein in der Bolschewisierung, ein Meilenstein in der Entwicklung des proletarischen Befreiungskampfes in Deutschland und international. Wir müssen die Beschlüsse in die Tat umsetzen. Das ist eine große Arbeit, eine schwere verantwortungsvolle Arbeit! Aber die Erfolge werden für die weitere Entwicklung von ungeheurer Tragweite sein!

## „Die Wahrheit über die Sowjetunion“

**„Gerade gegenwärtig ist es offensichtlicher als je, daß der Kampf zwischen den zwei Systemen — der sterbenden kapitalistischen Welt und der Welt des wachsenden Sozialismus in der Sowjetunion — der Knotenpunkt aller Weltereignisse ist.“**

Gen. Florin auf der Reichsparteikonferenz.

„Die Wahrheit über die Sowjetunion“ heißt der Titel der Broschüre, die die Rede des Genossen Florin auf der Reichsparteikonferenz enthält. Vor den Spitzenfunktionären und Parteiarbeitern der KPD entwickelte Genosse Florin die gewaltigen Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und die Beziehungen der Sowjetunion zu der kapitalistischen Umwelt. Das schnelle Wachsen des Sozialismus und die immer tiefer werdende Krise des Kapitalismus stellt prägnant und gebieterisch die Frage: — wer wen?

Genosse Florin gibt eine Fülle von wirksamem Material für die tägliche Agitation — über die Erfolge im Aufbau der Industrie, der Kollektivierung an der Kulturfront, auf sozialpolitischem Gebiet — ebenso über die Schwierigkeiten, die sich im Prozeß des Aufschwungs und der gewaltigen Vorwärtsbewegung ergeben. Wir stehen in Deutschland vor den ungeheuerlichen Schwierigkeiten des Stillstands und Rückgangs — die SPD-Führer suchen diesen Schwierigkeiten die Schwierigkeiten in der Sowjetunion gegenüberzustellen. Aber das sind ganz andere Schwierigkeiten: nicht aus der Schließung von Zehntausenden von Betrieben und dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit und des Lohnelends, sondern aus dem Aufbau von zehntausenden Betrieben, Hunderten von neuen Städten, Zehntausenden von Schulen, aus dem Anwachsen des Wohlstandes der Arbeiter und Werktätigen, und demgemäß dem Anwachsen ihrer Bedürfnisse auf allen Gebieten. Die kommunistische Partei als Führerin im Kampf um den Sozialismus geht mit Energie und Begeisterung an die

Bewältigung aller Schwierigkeiten heran, immer neue Rader von Parteiarbeitern werden geschaffen, die Generallinie der Partei wird im Kampf gegen zwei Fronten — gegen die rechten Abweichungen als der Hauptgefahr und gegen „linkes“ Sekterertum — mit eiserner Konsequenz durchgeführt, die Partei immer tiefer und fester mit den Massen bei der Durchführung des sozialistischen Aufbaus verbunden. Da Genosse Florin auch an der letzten Plenartagung des Zentralkomitees der KPD teilgenommen hat, konnte er auch berichten, in welcher Weise das Zentralkomitee der Partei Lenins unter der Führung des Genossen Stalin seine gewaltige Arbeit durchführt.

Die Rede des Genossen Florin, die von der Reichsparteikonferenz mit großer Begeisterung aufgenommen wurde, ist nicht nur für die Parteigenossen bestimmt. Sie ist eine helle Fanfare für breitere Massen des werktätigen Volkes. Jeder Agitator, jeder Propagandist, jeder Organisator, jeder Streikführer findet in ihr eine lebendige Hilfe für seine Arbeit! Jeder Redner kann sich an der Art der Darstellung ein Beispiel nehmen. Jeder, der die Hauptfragen der Sowjetmacht und des sozialistischen Aufbaus begreifen will — er findet hier anschauliches Material. Jeder sozialdemokratische Arbeiter — und sei er durch die Schule der verlogenen SPD-Propaganda gegangen — er findet hier eine würdige Aufklärung über die brennenden Probleme des Kampfes der zwei Welten. Jeder werktätige Anhänger der Nazis, der unserer Agitation und Propaganda von der sozialen und nationalen Propaganda noch nicht glaubt — hier wird ihm am Beispiel der Sowjetunion der Nachweis geführt, wie untrennbar die nationale Befreiung mit der sozialen Befreiung verbunden ist.

Jeder Kommunist ist verpflichtet, am Massenvertrieb dieser Broschüre mitzuhelfen! In Hunderttausenden von Exemplaren muß sie verbreitet werden — um die breiteste Massenaufklärung über die Sowjetunion zu garantieren, um die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion durchkreuzen zu helfen, um am Beispiel der Sowjetunion unseren eigenen Kampf um die soziale und nationale Befreiung zu größerem Eifer, zu größerem Elan und zu größerer Kühnheit zu entfachen.

## Werttätige Frau zu Zuchthaus verurteilt

**Berliner Sondergericht verhängt wegen BBG-Streik 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 1 1/4 Jahre Gefängnis an einem Tage — 18jähriger soll 6 Monate ins Gefängnis**

Viermal sprach am 17. Nov. das Berliner Sondergericht ungläubliche Urteile aus: Schwere Zuchthausstrafen gegen eine Frau und einen Arbeiter, harte Gefängnisstrafen gegen zwei Jugendliche. Das war ein einziges Tageswerk des Landgerichtsdirektors Tolk.

Die 28jährige Selma Lüders, eine Hutmacherfrau, wurde wegen „Landfriedensbruch“ und „versuchter Transportgefährdung“ zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Am 4. November, mittags, war aus dem Depot Wickestraße eine Streikbrecherbahn unter Polizeibedeckung ausgefahren. An der Hütten-, Ede Kottbuser Straße hatte sich eine größere Menschenmenge angeammelt, die über den Streikbruch erregt war. Blödsinnig flogen Steine gegen die Bahn. Der Chauffeur eines Polizeiautos verhaftete darauf Frau Lüders, weil angeblich sie einen Stein geworfen habe.

Frau Lüders erklärte, daß sie gerade Einholen ging, dabei ist sie selbst von einem Stein getroffen worden. Sie hat nicht geworfen. Vier Entlastungszeugen, darunter eine 78jährige Frau, die mit Sicherheit bekundete, daß Frau Lüders an den Vorfällen vollkommen unbeteiligt ist. Trotzdem besteht der Polizeibeamte auf seiner Behauptung.

Auf Antrag des Staatsanwalts bleiben alle Entlastungszeugen, auch die 78 jährige wegen Verdachts der Teilnahme unvereidigt. Trotz der bestimmten Aussagen der Entlastungszeugen beantragte Staatsanwalt Wagner 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Bei der Urteilsverkündung brachen einige Frauen im Zuschauerraum in lautes Weinen aus.

Im zweiten Prozeß verurteilte Tolk den 18jährigen Jugendgenossen den Unterprimaner Erwin Pohlant zu 6 Monaten Gefängnis wegen versuchter Transportgefährdung. Pohlant ist der Sohn eines Oberlandesgerichtssekretärs und hat eine sogenannte

bürgerliche Erziehung genossen. Seit Juli ist er ohne Wissen seiner Eltern Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes.

„Durch Diskussionen auf der Straße“, sagt er, „kam ich zum Kommunismus.“

Er gibt zu, am 4. November in der Schönhauser Allee zwei Steine gegen einen fahrenden Achsbahnzug geworfen zu haben. Der Staatsanwalt beantragt 1 Jahr Zuchthaus. Da aber keiner der Steine getroffen hat, fällt das Gericht das bereits genannte Urteil.

1 Jahr 6 Monate Zuchthaus für den Arbeiter Albert, neun Monate Gefängnis für den 17jährigen Koster war das dritte und vierte Urteil.

## Die „Trommel“ auf sechs Monate verboten!

**Verteidigt die Pionierbewegung und ihre Presse!**

Die populäre Arbeiter- und Bauern-Rinderzeitung „Die Trommel“ ist auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 und auf Grund des § 6, Absatz 1, Nr. 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf 6 Monate verboten. Die Bekanntgabe der Verbotsgründe ist verboten. Gegen diese neue Verbotsmaßnahme gegen die Pionierbewegung muß eine breite Protestwelle entfacht werden. Arbeiterkinder, jugendliche und erwachsene Arbeiter, nehmt in den Schulen, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in allen Versammlungen Protestresolutionen an. Steigert die Abonnentenwerbung für die „Trommel“. Jeder Arbeiterjunge, jedes Arbeitermädchen liebt die „Trommel“. Alle Arbeiterkinder werden Junge Pioniere! In jedem proletarischen Häuserblock eine Pionierabteilung!

## Blutige Bauernkämpfe in der Slowakei

Prag, 18. November. In der Ortschaft Polomka (Slowakei) ist es gestern zu blutigen Bauernunruhen gekommen. Vor einigen Tagen sollte das Gut eines Kleinbauern zwangsversteigert werden. Dabei leisteten die Bauern erfolgreichen Widerstand. Die Reaktion, in der sich bekanntlich auch Sozialdemokraten befinden, entsandte gegen das Dorf eine Strafexpedition, die einige Kleinbauern verhaften ließ. Um dies zu verhindern, zogen über tausend Kleinbauern der ganzen Umgebung mit Mistgabeln bewaffnet in die Ortschaft und stellten sich der Gendarmeneile entgegen. Die sofort von der Schutztruppe Gebrauch machte, zwei Bauern ermordete und mehrere andere verletzte.

## Internationale Gendarmerie der Konterrevolution

### Die „Humanité“ zum Aufrüstungsplan Herriot-Boncour

Paris, 18. November. Genosse W. L. schreibt in unserem französischen Bruderorgan, der „Humanité“, über den im französischen Aufrüstungsplan enthaltenen Vorschlag einer Völkerbundarmee u. a. folgendes:

„Sie (die Völkerbundarmee) würde an der Seite Frankreichs dazu dienen, mit Gewalt die dem deutschen Volke und den unterdrückten nationalen Minderheiten auferlegten Raubverträge durchzuführen. Im Kampf zwischen der kapitalistischen Welt und der sozialistischen Zivilisation würde sie eine Invasionsarmee gegen das Proletariat sein.“

Seit fünfzehn Jahren haben alle konterrevolutionären Abenteuer, alle Weihgardiens die Schaffung einer bewaffneten Gewalt der Konterrevolution auf die Tagesordnung gestellt. Herriot-Boncour kommen diesen verbrecherischen Wünschen entgegen. Da haben wir den Plan, der mit dem gleichen Enthusiasmus von Leon Blum und von Petzina begrüßt wird. Gegen diesen Plan werden sich kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter in geeinter Kampffront wenden.“

## Japanischer Bombenangriff auf Mandschureistadt

Mukden, 18. November. Japanische Bombenflugzeuge haben am Mittwoch die mandchurische Stadt Hailar bombardiert. Etwa 130 Personen — meist Zivilisten — sind durch die Bombenabwürfe getötet worden.

# Massenstreikwelle in Spanien

### Generalstreik in Sevilla und ganz Katalonien / Blutige Landarbeiterunruhen im ganzen Land

#### Die Kommunisten an der Spitze der einheitlichen Kampffront

Madrid, 18. November. Der Streik der 30 000 Bergarbeiter von Oviedo gegen die Massenentlassungen war das Signal für eine gewaltige Massenstreikwelle, die sich über ganz Spanien ergießt und mit jedem Tag eine weitere Ausdehnung erfährt. Seit gestern stehen die Häder und Kellner von Sevilla geschlossen im Streik. Infolge dieses Streiks begannen bereits heute die Brotvorräte in der Stadt auszugehen. Der Streik in Sevilla hat in den Nachmittagsstunden des Donnerstag eine weitere Ausdehnung erfahren. Fast alle Betriebe von Sevilla einschließlich der Straßenbahnen und Autobusse haben sich dem Massenstreik angeschlossen. Heftige Demonstrationen der Streikenden finden in den Straßen statt; die Polizei und Zivilgarde ist völlig machtlos. Wo sie den Arbeitern mit gewohnter Brutalität entgegenzutreten versucht, wird sie von der erbitterten Menge in die Flucht gejagt. Die Zahl der Verwundeten und Toten steht noch nicht fest.

Der Streik ist ebenfalls allgemein in Barcelona. In erster Linie sind es dort die 100 000 Textilarbeiter der Stadt, die geschlossen im Streik stehen. Die Studenten an allen Universitäten sind aus Solidarität mit den Arbeitern in den Sympathiestreik getreten. Wie aus den letzten Meldungen hervorgeht, ist ganz Katalonien von der politischen Massenstreikwelle erfasst worden.

Auch die Kämpfe der Landarbeiter in allen Teilen Spaniens nehmen einen erneuten Aufschwung. In der Provinz Badajoz verurteilten Tausende von Landarbeitern, die buchstäblich kein Brot mehr haben, die Erntevorräte der Großgrundbesitzer aufzuteilen. Die Polizei trat den Landarbeitern entgegen und eröffnete sofort das Feuer, durch welches ein Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden.

# 25 Prozent Lohnerhöhung

### Für die Arbeiter in der Sowjetunion — In einer Woche 54 000 Wohnungen für die Moskauer Arbeiter — Eine Verordnung gegen Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin

Moskau, 18. November. Während in den kapitalistischen Ländern die Unternehmer mit Hilfe des kapitalistischen Staatsapparates versuchen, die Löhne der Arbeiter immer weiter herabzudrücken, werden in der Sowjetunion die Löhne für die Arbeiter sowohl der Leicht- wie der Schwerindustrie erneut bedeutend erhöht. Das Volkswirtschaftsministerium für die Schwerindustrie hat ein neues Lohnabkommen ausgearbeitet, wonach eine generelle Erhöhung sämtlicher Arbeitslöhne um 20 bis 25 Prozent erfolgt. Eine besondere Erhöhung erfahren die Löhne der Arbeiter der Eisenindustrie sowie der gesundheitschädlichen Betriebe.

In den ersten Oktobertagen haben allein in Moskau 54 180 Arbeiter neue Wohnungen bezogen. Die neuen Wohnungen sind mit allen Mitteln der Neuzeit ausgestattet. Außer diesen Arbeiterwohnungen wurden während der Oktobertage 169 Betriebsgebäude, 64 Schulbauten, Krankenhäuser und Säuglingsheime eröffnet, ferner zehn große Arbeiterrestaurants dem Betrieb übergeben. Diese Maßnahmen stellen einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Sowjetwerkstätigen dar. Auch aus Leningrad wird gemeldet, daß zahlreiche neue Wohnhäuser den Arbeitern zur Verfügung gestellt wurden.

Die Sowjetregierung erließ eine Verordnung zum Arbeitsgesetz, die sich gegen das gewissenlose und unentschuldigste Fernbleiben von der Arbeit wendet. Bisher konnte jeder Arbeiter oder Angestellte drei Tage im Monat unentschuldigter Arbeit fernbleiben, ehe er entlassen wurde. Nun kommen besonders unter den zahlreichen eben erst aus dem Dorf hereingeströmten Schichten

Fälle von Vernachlässigung der Arbeit vor, die tatsächlich geradezu den Fortschritt der gesamten Arbeiterklasse der Sowjetunion gefährden. Viele dieser neuen Schichten, die an keine sozialistische Arbeitsdisziplin gewöhnt sind, kommen einfach tagelang nicht zur Arbeit, obwohl der Lohn monatlich gezahlt wird. Im sozialistischen Staat, wo die Betriebe keinen Kapitalisten, sondern den Werkstätigen gehören, bedeutet eine solche Vernachlässigung der Arbeitspflichten natürlich eine Schädigung des gesamten Produktionsfortschritts und damit der gesamten Arbeiterklasse. Denn jede Verzögerung in den Erfolgen des sozialistischen Aufbaus wirkt sich natürlich auf die Lebenslage aller Werktätigen aus.

Aus diesem Grunde hat die Sowjetregierung verordnet, daß unentschuldigtes und unbegründetes Fernbleiben von der Arbeit mit der Entlassung bestraft werden soll. Diese Verordnung bezieht sich natürlich nicht auf solche Fälle, wo das Fernbleiben von der Arbeit durch Krankheit, Krankheit eines Familienmitgliedes oder ähnliches begründet ist. Die neue Verordnung ist von den breiten Arbeitermassen mit Genugtuung verzeichnet worden, die wissen, daß die Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin die Erfüllung der Produktionspläne erschwert und die Interessen der Werktätigen schädigt.

Gestern fanden anläßlich des Beschlusses über die Hebung der Arbeitsdisziplin spontane Kundgebungen in zahlreichen Moskauer Großbetrieben statt. In den dort angenommenen Resolutionen begrüßten und unterstützten die Werktätigen diesen Beschluß und übernahmen Verpflichtungen für eine sozialistische Arbeitsverhaltensweise.

# Befreit die Meerut-Gefangenen!

Die Internationale Rote Hilfe und die Liga gegen Imperialismus veröffentlichten einen gemeinsamen Solidaritätsaufruf zum Kampf für die Befreiung der Meerut-Gefangenen, in welchem auf die ungeheure Bedeutung des Klassenprozesses von Meerut und die Notwendigkeit der internationalen Solidarität mit den Meerut-Gefangenen hingewiesen wird. Es heißt in diesem Aufruf u. a.:

„Bei dem Meerut-Prozess handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um einen Versuch, die ganze Bewegung der Arbeiterklasse eines Landes, dessen wertvolle Bevölkerung über 350 Millionen Menschen zählt, abzubroffeln.“

In diesem Prozess, der in der Geschichte der britischen imperialistischen Herrschaft ohne Gleichen dasteht, wird die indische Arbeiterklasse und mit ihr das Weltproletariat vor die Schranken der imperialistischen Justiz gefordert, um sich gegen die „Anklage“ zu verantworten, daß sie es gewagt habe, sich gegen die imperialistische Verklammerung zu verteidigen und ihre Klassenziele sozialer Befreiung zu verfolgen. Inmitten der großen Streikbewegung von 1928 und 1929, der ersten machtvoll ansteigenden Welle der Arbeiterbewegung in Indien, dem ersten Hervortreten des indischen Proletariats als einer führenden Klassenkraft, führten die britischen Machthaber einen Schlag, der auf die Vernichtung der ganzen Bewegung abzielte. Das politische Ziel der Machthaber war die

Zertrümmerung aller Formen unabhängiger Gewerkschaften und politischer Organisation auf Seiten der indischen Arbeiter und Bauern.

Die Meerut-Gefangenen waren die Führer der indischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Ihre Befreiung ist eine Kernfrage für die Weiterentwicklung des indischen Klassenkampfes und deshalb von internationaler Bedeutung.

Trotz aller Drangsalierung und Schikanen haben die Meerut-Gefangenen in ihrer entschlossenen Verteidigung unbeirrbares Zeugnis für die Grundzüge des Klassenkampfes abgegeben. Die gemeinsame Erklärung, die von 18 Gefangenen unterzeichnet ist, bildet ein wegweisendes Dokument für den Vormarsch des Kampfes der indischen Arbeiter und Bauern.

Der Spruch des Klassengerichtes soll am 1. Dezember verkündet werden. Jetzt ist kein Augenblick mehr zu verlieren. Das

A. Schapowalow:

# ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

41. Fortsetzung.

Gleichzeitig mit den Attaken der Menschewiken wüteten auch die Gendarmen. Am Tage nach meiner Ankunft wurde Genosse Mandelstamm verhaftet. Eine Reihe bolschewistischer Genossen wurden dauernd von der Polizei beobachtet. Ohne neue Unterstützung von der bolschewistischen Zentrale zu bekommen, verloren wir Genossen, die entweder verhaftet wurden, wie Mandelstamm, oder gezwungen waren, aus Zefaterinoslaw wegzufahren, um nicht erwischt zu werden. So mußte am nächsten Tag nach Mandelstamm Verhaftung, die Agitatorin Rarija Antonowna Wischik verhaftet werden. Zu einer Zeit, in der die Menschewiken im Stadtbezirk besonders stark arbeiteten, mußte ganz plötzlich Genosse Wollilij weg, da es sich herausstellte, daß er unter Beobachtung stand. Auch Genosse Tsch., der nur zwei Wochen in Zefaterinoslaw verbracht hatte, mußte fort. Nachdem unsere Reihen sich immer mehr gelichtet hatten, wurde unsere Lage noch schlimmer, als Genosse Matrjona nach Zefaterinoslaw kam. Er war gekommen, um die Sachen auf Grund einer Anklage der Menschewiken im Namen des verfahrenswidrlichen ZK der Partei zu untersuchen. Er forderte, daß wir die Menschewiken zur Arbeit in den Bezirken zulassen. Wir, die wir stets verlobt hatten, daß man sich der Parteidisziplin unterwerfen muß, konnten unmöglich diesen Beschluß, der für das bolschewistische Komitee in Zefaterinoslaw äußerst schädlich war, einfach ablehnen.

Die Menschewiken, die bis dahin nur heimlich arbeiteten, begannen jetzt, wo sie als Gleichberechtigte in die Bezirke kamen, eine scharfe Attacke gegen uns. Der Stadtbezirk, dem Zwan Sborowski zugeteilt wurde, trat sehr bald offen als mensschewistischer Bezirk auf. Gerassim, der nach Kischne Dnjeprowsk geschickt wurde, brachte dort Genossen L. den zweiten Organisator des Unterbezirks, ins Schwanken. Alexander arbeitete in dem Kollegium der Propagandisten und trug Zerückung unter sie. Mir wurde vom Komitee vorgeschrieben, den mensschewistischen Intellektuellen

Mikhail im Tschetschelower Bezirk zuzulassen. Den Menschewiken, die sehr gute Beziehungen zu Intellektuellen und zur liberalen Bourgeoisie hatten, war die Möglichkeit gegeben, sich mit Geld und Wohnungen besser zu versorgen, als es bei uns der Fall war. Wir, die Herren der Stadt, befanden uns diesbezüglich in einer sehr schweren Lage. Da wir unsere Wohnung immer wechseln, neue Nachtlager suchen, auf dem Fußboden schlafen mußten, da es unmöglich war, die Literatur, besonders die illegale, mit uns herumzutragen, und da es schwierig war, sie zu verstecken, kamen wir nie zum Lejen.

Trotz aller schweren Bedingungen setzten wir unsere Arbeit fort. Jeden Sonnabend riefen wir in der Wohnung eines unserer Genossen eine Versammlung des Tschetschelower Bezirks zusammen. Ich hielt fest daran, jeden Arbeiter daran zu gewöhnen, öffentlich zu sprechen, wie auch Sitzungen zu leiten. Trotzdem alle anwesenden Genossen das Wort erhielten und trotzdem alle Punkte der vom Komitee angelegten Tagesordnung verhandelt wurden, trotzdem wir auch die notwendigen Resolutionen annahmen, wurden wir fast immer mit der Diskussion aller Fragen bis elf, spätestens zwölf Uhr nachts fertig.

Die Anwesenheit des Menschewiken Mikhail begann sich sehr bald auszuwirken. Schon nach acht Tagen seiner Mitarbeit erklärte einer der Propagandisten, daß er nunmehr den Standpunkt der Menschewiken vertrete.

Die Mitarbeit Zwan Sborowskij im mensschewistischen Stadtbezirk und die plötzliche Abreise solcher Genossen, wie Wassilij, machte die Lage dort immer schlimmer. Genosse Jewgenij, ein Intellektueller, ein guter Agitator, wurde von Tag zu Tag stiller.

Durch die Wirksamkeit der Menschewiken gegen das Komitee wurde die Lage immer gespannter. Der Stadtbezirk blieb der Scharfschütze im Kampf gegen das bolschewistische Komitee.

Die Mitglieder des Stadtbezirks „schließen nicht“, wie sich Genosse Jewgenij auszudrücken pflegte. Sie arbeiteten unter den Mitgliedern der Fabriksbezirke, unter den Arbeitern. Sehr bald zeigten sich Verfeindete unter ihnen. Immer häufiger hörte ich folgende Redensarten:

„Was ist das mit dieser Spaltung in der Partei, Genosse Kiril? Der Zarismus ist doch so mächtig, und wir Sozialdemokraten sind so schwach. In den Fabriken sind überhaupt keine Flugblätter mehr zu sehen. Die Arbeiter beginnen aber zu erwachen. Das Verlangen nach Flugblättern, nach wirklicher Propaganda ist ungeheuer. Da sollte man doch gemeinsam arbeiten

und plötzlich diese Spaltung! Dem müßte ein Ende gemacht werden, Genosse Kiril!“

Eines Tages erklärte Genosse Jewgenij dem Komitee, daß er es nicht mehr aushalten könne. Der Menschewik Zwan Sborowski übe einen fürchterlich starken Druck aus.

„Laßt mich in das Büro der Komitees der Mehrheit fahren, vielleicht bekommen sie unsere Briefe nicht? Man kann doch wirklich nicht am Meeressufer sitzen und schönes Wetter abwarten, das heißt, man kann nicht warten, bis Zwan Sborowski uns mit Haut und Haaren verchlungen hat. Ich werde mit der Genossin Semskatschka persönlich sprechen und bringe Hilfe mit.“

„Werden Sie auch wirklich zurückkommen?“ fragte ihn Genosse K.

„Was ist das für eine Frage?“ sagte Genosse Jewgenij belächelnd. „Ich werde euch doch nicht in dieser verzweifeltsten Lage allein lassen! Selbstverständlich komme ich zurück, obwohl ich hier schon mehr als genug habe...“

Genosse Jewgenij fuhr fort und kam nicht zurück. Und nicht nur, daß er nicht zurückkehrte, sein hartnäckiges Schweigen machte den Eindruck, als hätte er, befreit aus einem dunklen Kellerloch, uns, die wir dringebitten waren, gänzlich vergessen.

Die gemohnte Unzufriedenheit der Arbeiter, der Bezirksmitglieder, mit der wir zu Beginn fertig werden konnten, begann bedrohliche Dimensionen anzunehmen.

Das Komitee beriet über die entstandene Lage. „Was tun?“, das war die Frage, die sich jeder von uns stellte. Die Drohung, uns „auf der ganzen Linie in die Luft zu sprengen“, wie der Menschewik Gerassim sich prahlerisch ausdrückte, war, soviel ich wußte, sehr ernst.

„Wir werden uns halten können, wenn wir auf das Wahl-system eingehen“, sagte Genosse K.

„Ist das nicht zu spät? Die Menschewiken haben den Boden so gut vorbereitet, daß unser Nachgeben sie in den Augen der Arbeiter noch mehr heben wird. Es würden auch nur Menschewiken gewählt werden. In ein, zwei Wochen werden die Bezirke den Beschluß fassen, daß eine neue Zentrale gewählt werden muß und das alte bolschewistische Komitee zu verschwinden hat. Außerdem ist das Wahlprinzip eine allgemeine Maßnahme, wir können nicht in der Zefaterinoslawer Organisation allein, ohne Erlaubnis der bolschewistischen Zentrale, Parteidemokratie einführen. Man muß jemand nach Odessa schicken. Der Betreffende soll sich wenigstens die Meinung des Odessaer Komitees in dieser Frage anhören.“

(Fortsetzung folgt.)

# RUND UM DEN ERDBALL

## Ein Blick in „erwachte“ Gebiete

Leerstehende Betriebe — Drei Mark Unterstützung — Nazi-Gutsbesitzer zahlt 10 bis 12 Pfennig Stundenlohn

Anhalt, die frühere Metropole der Amsterdamer, ist heute eigentlich nur noch zahlenmäßig ihre Hochburg, aber die von den Bürgersozialisten geduldeten Ustanier dürfen sich noch immer zu den Reichsten dieses Zwerglandes rechnen. Ein Rundgang unseres Korrespondenten zeigt die „Aufbauarbeit“ der Sozialfaschisten und Hitlerianer. Die gestürzte „Deist-Dynastie“ wurde von dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Dr. Frenberg erneuert, d. h., der frühere „Volksblatt“-Redakteur Deist mußte sich mit einer fetten Pension begnügen. Weherbergt doch heute Dessau, die Hauptstadt einer toten Residenz, die Tilger des „Dritten Reiches“.

Fremde, die den Bahnhof verlassen, bemerken sofort das kleinstädtische Leben. Auf den Straßenbahnen Frauen als Schaffner. Der „freiwillige“, kasernierte Arbeitsdienst, den Jungbo und Sozialdemokraten unter Mithilfe Dr. Frenbergs einführt. Erwerbslose müssen für 3 Mark in der Woche einschließlich ihrer Unterstützung die Wege und Anlagen der Stadt ausbessern und auch neu anlegen. Der Gesamtverdienst dieser Geknechteten beträgt somit wöchentlich 18 bis 18 Mark, außerdem erhalten sie als Extragabe ein unschmackhaftes Mittagessen, 36- bis 40 stündige Arbeitszeit — das ist eine Errungenschaft des Hitlerischen Programms. Die SA und SS lungert in den Straßen herum, es sieht beinahe so aus, als ob die Volkspolizei darstellen. Häufig lassen die braunen Gesellen ihren Nichtstuerberuf an einem friedlich seines Weges ziehenden Bürger aus, was einem geplanten Ueberfall sehr ähnlich sieht. Die großen Industrieanlagen, wie Junkers, Bamag, Polysius, Beder, Tuchmann, Waggonfabrik und Ustanier-Werke, schauen einen mit unendlicher Leere an.

Professor Junkers, dem der Staat schon mehrere Male hohe Zuschüsse gab, hat heute kaum 800 Arbeiter in seinen großen Be-

trieben. Der Durchschnittsverdienst bei 42 stündiger Arbeitszeit beträgt 20 bis 26 Mark. Ein erheblicher Teil der Beschäftigten wohnt auswärts und muß deshalb auch wöchentlich 5 bis 6 Mark Fahrgehalt aufbringen. Bamag, Polysius, Beder und Waggonfabrik haben ihre Sorten fast ganz geschlossen, bis auf einige kleine Montagearbeiten, die ein paar Leute pro Woche in drei oder vier Tagen erledigen. In der Zuderraffinerie sind höchstens noch 300 Mann bei ebenfalls 36- bis 42-Stunden-Woche mit 23 Mark Gesamtverdienst beschäftigt.

In den Städten Köthen und Bernburg daselbe Bild: leerstehende Fabriken. Die Wartesäle der Bahnhöfe sind tagsüber mit Jugendlichen im Alter von 20 bis 22 Jahren angefüllt, die dem „freiwilligen“ Arbeitsdienst wegen der geringen Entlohnung den Rücken kehren. Mit Kartenspiel vergeuden sie die Zeit, statt ernsthaft nachzudenken, wie sie sich einmal aus den Armen der Bourgeoisie befreien werden.

Fünf Kilometer von Bernburg entfernt, im Kreis Kalbe, liegt das über 5000 Morgen große Rittergut des nationalsozialistischen Reichstagskandidaten Graf v. Alvensleben. Hier, in Neu-Gattersleben, herrschen schlimme Zustände. Der Lohn der Landarbeiter ist ein geringer; erhalten sie doch 10 bis 12 Pf. pro Stunde. Der Parteigenosse und Arbeitervertreter will ja nur alles Gute für die Volksgenossen tun. Deshalb lud er die Herrenknecht zur „gemütlichen Hagenjagd“ ein. Außer von Papen treffen sich hier Herr v. Gayl, von Krosigk-Schwerin, der westfälische Adel und einige verarmte ostpreussische Krautkunker. Wie nach außen hin verlaublich wurde, läßt sich Hitler durch den anhaltischen Ministerpräsidenten Dr. Frenberg vertreten. Offiziell aber nimmt der glorreiche Führer an der Veranstaltung teil...

## Ein Dritter im Bunde

Der Nazi-Attentäter und Fälscher

Magdeburg, 18. November. Ende Oktober wurde, wie seinerzeit gemeldet, der ehemalige Magdeburger Reichsbahninspektor Nord und ein Braunschweiger Reichsbahnbeamter verhaftet, die unter dem dringenden Verdacht standen, Anschläge auf Eisenbahnzüge und Signalanlagen der Reichsbahn bei Braunschweig im vergangenen Jahr verübt zu haben. Reichsbahninspektor Nord wurde weiter beschuldigt, 10 000 Mark Lohngehälter unterschlagen und Urkundenfälschung begangen zu haben. Im Verfolg der weitergeführten Untersuchung in Hannover, Braunschweig und Magdeburg wurde jetzt von der Kriminalpolizei ein weiterer Beamter der Magdeburger Reichsbahn, und zwar der Oberinspektor R. P. in Haft genommen. Ihm wird vorgeworfen, Amtsunterschlagungen und Urkundenfälschung begangen zu haben. Er steht außerdem unter dem dringenden Verdacht, ebenfalls an den Eisenbahnanschlägen beteiligt gewesen zu sein. Die Ermittlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen. Der Verhaftete wurde dem Untersuchungsrichter zugewiesen.

Wir haben schon seinerzeit darauf hingewiesen, daß Nord und sein Komplize Straume Nazi-Jünger sind.

## Was in Berlin geschah

Zwei Brände in Berlin

In einem Büro in der Staliner Straße entstand gestern nachmittag ein Brand, der erheblichen Schaden anrichtete. Eine Angestellte sprang aus dem Fenster, um sich zu retten, und erlitt dabei eine Fußverletzung. — In Niebelschönhausen, in der Hermannstraße, brach in den Werkstätten der Tischlerei Hermann ein Brand aus, der das ganze Holzlager und die Maschinen vernichtete.

Zwei Polizeigefangene geflüchtet

Aus dem Polizeiamt Charlottenburg flüchteten gestern Abend zwei Polizeigefangene. Sie hatten die starken Eisenstäbe der Fenster auseinandergebogen und waren dann über die hohe Mauer aus den angrenzenden Hofweg geflüchtet.

Doppelselbstmord

Gestern nachmittag wurden der 57-jährige Rentempfänger B. und die 59-jährige Rentempfängerin F. in der Wohnung der Letzteren, in der Stettiner Straße 9, mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Auch ein in der Wohnung befindlicher Hund war durch das Gas ums Leben gekommen.

## Ein geschäftstüchtiger Zahnarzt

Der Zahnarzt Hans Karl Paasche in Leipzig hatte eine sehr gutgehende Praxis. Besonders gern ließen die Patienten der Krankenkassen zu ihm, weil er gut und billig statt der einfachen Plomben Goldkronen in den Mund praktizierte, seine Kundenschaft rekrutierte sich hauptsächlich aus den Kreisen der Hausangestellten und Verkäuferinnen.

Aber die Freude dauerte nur kurze Zeit. Bald verlor sich das „echte Gold“ seinen Glanz, die Plomben wurden schwarz und bei den Patienten stellten sich heftige Schmerzen ein. Sie ließen zur Zahnklinik und dort stellte sich heraus, daß der Zahnarzt statt Goldkronen solche aus gewöhnlichem Messingblech, das blank poliert war, aufgesetzt hatte. Grünspan hatte sich an diesen gebildet und schwere Zahnfleischentzündungen waren die Folge.

An Hitler und Daubmann bankrott gegangen

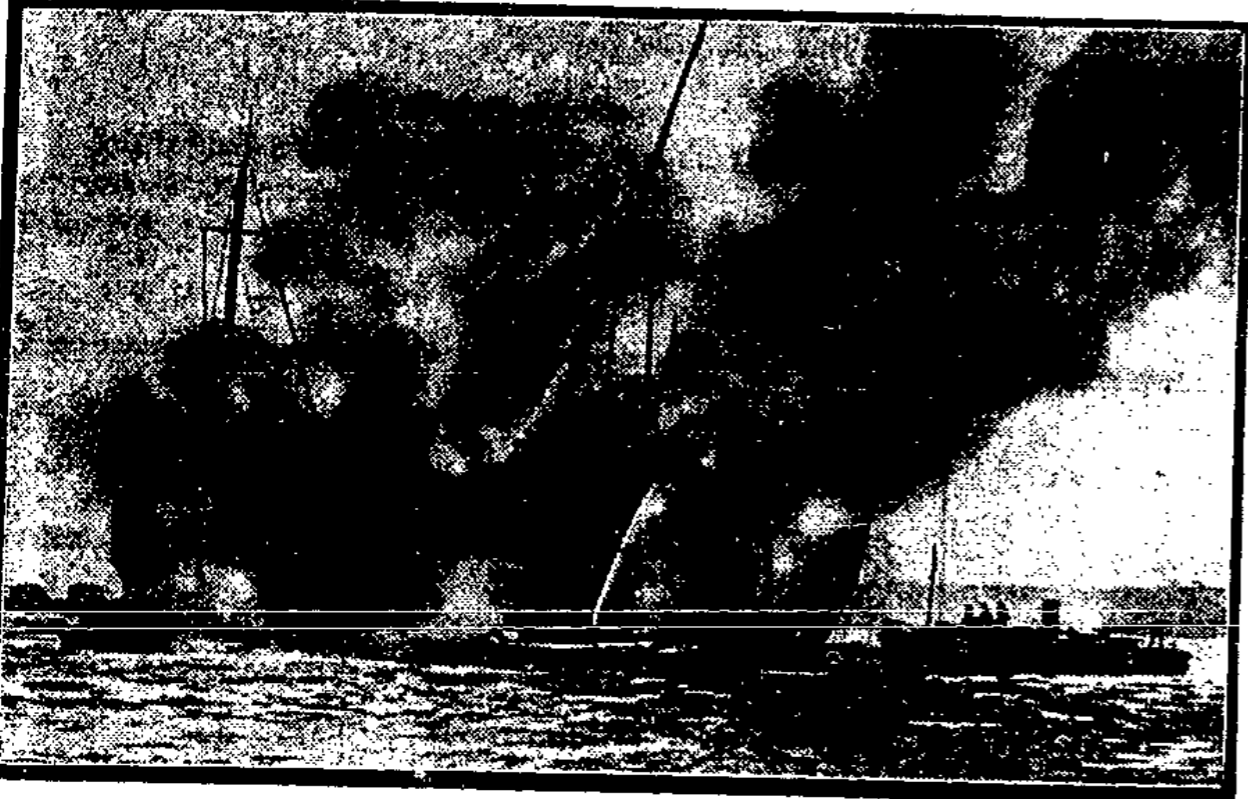
In Berlin gibt es einen Verlag, der den Namen „Tradition“ führt. Dieser Verlag hatte sich zur Aufgabe gemacht, die Biographien „nationaler Helden“ herauszubringen. Eines seiner ersten Bücher war eine Hitler-Biographie. Dieser Hitler-Biographie folgte eine Wilhelm-Biographie und dann warf sich der Verlag auf die Herausgabe eines „ganz großen Wertes“, nämlich der Biographie Daubmanns, alias Hummel.

Nun kommt die Nachricht, daß der Verlag Bankrott gemacht hat. Der Verlag hat nämlich in die Daubmann-Biographie riesige Summen hineingesteckt, hatte bereits den ganzen nationalen Hymnus und die Lobeslieder auf Daubmann sowie seine Lebensgeschichte unter der französischen Schmach in Afrika bereits lassen lassen, als die Nachricht kam, daß Daubmann nicht Daubmann, sondern Hummel sei und daß er nie afrikanischen Boden betreten hatte. Das „große nationale Wert“ mußte daher eingestampft werden, und der Verlag ging pleite.

Aber er ging nicht nur an Daubmann allein pleite. Die Passiven belaufen sich auf 800 000 Mark. Es scheint demnach, daß auch nach Hitler- und Wilhelm-Biographien keine Nachfrage mehr herrscht. Die Konjunktur ist abgeklaut. Leo.

Tod eines Arztes durch Starkstrom

Der leitende Arzt des Kantonspitals von Münsterlingen am Bodensee (Kanton Thurgau) Dr. med. Eberli kam bei der Röntgenaufnahme eines Patienten dem Starkstrom zu nahe und stürzte tot zu Boden. Sofort aufgenommene Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.



## Ein 15 000-Tonnen-Ozeanriese brennt aus

Unser Bild berichtet von der Brandkatastrophe auf dem holländischen 15 000-Tonnen-Schiff „P. C. Hooff“ im Hafen von Amsterdam. Der Dampfer war gerade aus Niederländisch-Indien zurückgekehrt und war zur Verteilung von Ratten vergast worden, als man an Bord Feuer bemerkte. Die Feuerwehr war jedoch machtlos, mußte das Schiff abschleppen und es ausbrennen lassen.

## Glosse vom Tage

### Ein Plätzchen im Bett

Um in der Sprache Goebbels' zu sprechen: Was er, Goebbels, fordert, ist ein Plätzchen im Bett. Und zwar so rasch, als nur möglich, weil die Gefahr droht, daß das Bett, das — wie er behauptet — er gemacht hat, voll wird, bevor er sich hineinlegt. Ja, die Gefahr ist groß. Die Mittläufer verlaufen sich, das „Freibholz“ treibt ab, noch bevor Goebbels und seine Kumpanei ins Bett hineinkommen. Und da versucht Goebbels Hindenburg zu bewegen, doch Erbarmen mit ihm zu haben und den Nazis ein Plätzchen im Bett zu sichern.

Am 7. November, einen Tag nach dem Verlust der 2 Millionen Nazistimmen, verkündete Hitler: Keine Kompromisse mit diesen Elementen! Kampf bis zum Sieg! Am 17. November schon liegt Goebbels auf den Knien und fleht im „Angriff“, ihn und seine Partei trotz der „vielen Krisen und Rückschläge“ nicht zu vergessen.

Goebbels malt die Gefahren, die den deutschen Kapitalismus umbränden: „Ueber Nacht kann sich aus der wirtschaftlichen Depression und der grenzenlosen Armut, in der sich der Großteil des deutschen Volkes befindet, das Hundert des Bolschewismus verdoppeln“.

Goebbels zeigt also die Gefahr auf. Die Massen wollen nicht mehr hungern, die Massen rufen zum Sturm gegen das kapitalistische Joch. Und da ruft er: ... und die NSDAP war überhaupt noch der einzige Wall, an dem sich die Schmutzfluten des politischen Antantentums gebrochen haben“. Das heißt: Wir sind die einzigen, die die Herrschaft des zusammenbrechenden Kapitalismus sichern können. Gewährt uns doch ein Plätzchen im Bett! Und er fragt: „Was würde in jedem andern Lande der König oder der Präsident jetzt tun?“

Was also würde er tun? Der Leser hat's richtig erraten: „Jeder englische König würde in dieser Situation Adolf Hitler rufen und ihm die Bildung einer neuen, Volks verankerten Regierung in die Hand drücken.“

Also jetzt weiß man es. Wenn J. B. in Deutschland der englische König herrschen würde, würde er Hitler rufen und sagen: „Wolf, leg' dich ins Bett. Laß dein SA marschieren und rette meinen bedrohten Kapitalismus vor „asiatischen Schlammflut“, worunter Goebbels natürlich die ihre Befreiung ringende Arbeiterklasse versteht.“

Natürlich, Goebbels ist bereit, es billiger zu geben. Er verlangt nicht mehr die ganze Nacht, sondern „ein gleiches oder doch wenigstens entsprechendes Maß an Nacht“. In die gewöhnliche Sprache umgesetzt: einige Ministerstühle und die Möglichkeit, die SA in voller Unterstützung gegen die Arbeiter marschieren zu lassen.

## Orkan über Nordnorwegen

Ueber Nordnorwegen ist wiederum ein furchtbarer Orkan niedergegangen, der große Verheerungen angerichtet hat. In Helmsås auf der Magerö sind alle Gebäude durch den Sturm zerstört worden.

15 Fischerboote sind abgetrieben worden und zerstört. Von den großen Gebäuden des Ortes steht nur noch das Wohnhaus des Kaufmanns und die Telefonstation. Auch das Postamt ist umgeweht. Noch schlimmer ist es dem Hafen Ofsvaag ergangen. Die gesamte Fischerflotte dieses Distrikts, die vor Anker lag, ist zerstört.

Die meisten Fischerfamilien haben alles, was sie besaßen, dadurch verloren.

Auch an den Gebäuden ist großer Schaden angerichtet worden.

## Starker Nebel an der englischen Südküste

London, 18. November. Am Donnerstagabend herrschte außergewöhnlich dichter Nebel über der englischen Südküste, der mehrere Flugzeugunfälle zur Folge hatte. Vier von einem Übungsflug zurückkehrende Kampflugezeuge mußten auf der Romney-Marsch in Kent Notlandungen vornehmen. Zwei Maschinen rissen ein Eisenbahngelände auf und überschlugen sich, während eine dritte sich tief in die Erde bohrte. Ein Fliegerleutnant wurde verletzt. Auch auf den Verkehrsflugwegen verursachte der Nebel Störungen. Zwei Maschinen mußten ihre Fahrt nach Paris nach kurzer Zeit aufgeben und notlanden. Die 40 Fahrgäste überquerten dann den Kanal mit dem Dampfer.

## Auf dem Roten Platz in Taschkent

### Asien im sozialistischen Aufbau

Der Enthusiasmus, mit dem die Werktätigen der Sowjetunion den 15. Jahrestag der Oktoberrevolution gefeiert haben, hat überall im gewaltigen Sowjetland seinen Ausdruck gefunden. Besonders in den nationalen Bundesrepubliken, wo der Oktoberumsturz nicht nur die soziale, sondern auch die nationale Befreiung brachte, haben die Werktätigen die 15. Wiederkehr des 7. November mit großer Begeisterung gefeiert.

In Zentralasien, in Usbekistan, entwarf auf dem Plenum des Zentralkomitees Staatskomitees vom 6. November der Präsident des Rates der Volkskommissare Usbekistans, Genosse Fajulla Chodschajew, in einer mehrstündigen Rede ein Bild der gewaltigen Erfolge des sozialistischen Aufbaus in Usbekistan — dieser ehemaligen zaristischen Kolonie. 72,5 Prozent der

Bauernwirtschaften sind kollektiviert, 65 neue Industriebetriebe wurden in den letzten vier Jahren aufgebaut. Der Bau der Riesenanlagen von Tschirchik und Almalyk werden in Angriff genommen. Ein Vertreter der deutschen Arbeiterdelegation begrüßte das Plenum.

Am 7. November fand auf dem Roten Platz von Taschkent eine Parade der roten Truppen und eine mächtige Demonstration der Werktätigen Taschkents und der Kollektivwirtschaften der Umgebung statt. Mehr als 200 000 Personen nahmen am Aufmarsch teil. Die allgemeine Aufmerksamkeit lenkte sich auf die Zigeunerkollektivisten, die ihr Kollektiv erst unlängst organisiert hatten und so zahlreiche Zigeunerfamilien anständig gemacht haben.



# Verwaltung des Baugewerksbundes Waldenburg als Spitzentrale für das Polizeipräsidium

(Arbeiterkorrespondenz)

Waldenburg. Im Juni dieses Jahres berichteten wir, daß schließlich der Organisierung der Bezirkskonferenz der KPD. einem KPD.-Mitgließe durch das Mitglied des Baugewerksbundes Wiedemanna (Weißstein) eine Sammelliste der KPD. zur Finanzierung der Delegation weggenommen und in das Büro des Baugewerksbundes hienüber gebracht wurde.

Als der Geschäftsführer des Baugewerksbundes Barzil in einer zu derselben Zeit stattfindenden Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes diese Liste erwähnte, gingen am anderen Tage ein Genosse vom Ortskomitee der KPD. und ein oppositioneller Bauarbeiter zu Barzil ins Büro und verlangten die Herausgabe der Liste. Nun spielte sich folgendes ab: Der Genosse vom Ortskomitee der KPD. wurde durch den zweiten Angestellten Jänisch hinausgeworfen und dem oppositionellen Mitgliede des Baugewerksbundes erklärte man, er könne alles durchsuchen, sie hätten keine Liste. Inzwischen fand im Büro der KPD. eine Hausdurchsuchung nach diesen Listen statt und der Sammler sowie der verantwortliche Leiter des Ortskomitees bekamen je einen Strafbeschl. Letzterer legte Berufung ein, und nun gelang es, endlich Klarheit zu schaffen.

Wiedemanna aus Weißstein war als Zeuge gegen den Genossen Br. geladen. Da aber erst vor kurzer Zeit die „Bergwacht“ vor Wiedemann wegen unbefugtem Sammeln für die „Eiserne Front“ warnte, lehnte selbstverständlich der Genosse W. selbigen als Zeugen

## Lebt praktische Solidarität! Kämpft mit der Roten Hilfe gegen Sondergerichte!

vor Gericht ab. Das Gericht selbst mußte diese Sammlung als erlaubt beurteilen. W. machte nun nach der Verhandlung dem sich immer als „Klassenbewußten Arbeiter“ gebärdenden Wiedemann Vorkhaltungen über seine schändliche Rolle als Lichtschwemmer.

Darauf erklärte Wiedemann, Mitglied des Baugewerksbundes, der SPD. und des Reichsbanners, unter Zeugen, daß er die Liste nur ins Büro des Baugewerksbundes getragen habe, daß dort eine Abschrift angefertigt und die Liste aufs Polizeipräsidium befördert worden sei. Demnach bliebe kein anderer Schluß, als daß die Liste tatsächlich durch den Baugewerksbund an die Polizei vermittelt worden ist.

Also Herr Barzil, Sie hatten wissenlich Mitglieder des Bau-

gewerksbundes, dessen Geschäftsführer Sie sind, besogen. Sie hätten der Polizei Material geliefert, um damit revolutionäre Arbeiter ins Gefängnis zu bringen. Jetzt verstehen wir auch, warum Sie jeden revolutionären Bauarbeiter, wenn er die Interessen der Arbeiter vertritt, ausschließen. Sie fürchten, daß eines Tages doch einmal die Drüberverwaltung in oppositionelle Hände kommt und dann könnten Sie der herrschenden Klasse keine Dienste mehr leisten.

Bauarbeiter, laßt euch nicht gefallen, daß die Büros eurer einst so gesüchteten Organisation zu Spitzzentralen für eure Peiniger verwandelt werden. Hinaus mit solchen Vertretern, die Lichtschwemmerarbeit verrichten.

## Rote Burg Borganie polizeilich besetzt!

### Entfallt den Massenprotest in allen umliegenden Dörfern

Borganie, Kr. Schweidnitz. Am 14. November in aller Frühe, noch ehe die Gähne trähten, ratterten Autos und Motorräder in das Dorf und schreckten die Bewohner aus dem Schlaf. Das Oberhaupt des Kreises Schweidnitz hatte nämlich das Wahlergebnis in seinem Kreis aufmerksam studiert und festgestellt, daß Borganie eine rote Burg ist. Diese wollte er stürmen und sandte uns am 14. November die gesamte verfügbare Landjägerei in unser Dorf. Der Landrat Hüttenheim brachte es nicht fertig, unsere rote Burg zu berennen, ebenso wenig wird es der neue Landrat fertig bringen. Die Arbeiterchaft von Borganie hat schon soviel Erfahrungen gesammelt, daß sie weiß, was sie zu tun und zu lassen hat. Kaum in das Dorf eingefahren, sprangen die Landjäger von ihren Säben und besetzten zu zweien oder auch zu fünfen die Wohnungen der Arbeiter von Borganie. Nach mehrmaligem Fragen über den Zweck der polizeilichen Besetzung von Borganie wurde erklärt: „Wir suchen eure Waffen.“ Die Landjäger glaubten in Borganie ein ganzes Auto vollgepackt mit Maschinengewehren, Bomben, Hellenmaschinen zu finden. Doch alle Anstrengungen nützten nichts. Es konnten keine Waffen gefunden werden. Während der Hausdurchsuchungen hatte sich besonders der Landjäger Adam hervorgetan. Dieser wühlte alles durcheinander.

Durch die polizeiliche Besetzung von Borganie und die Hausdurchsuchungen glaubte der Landrat in Schweidnitz den Vormarsch der Kommunistischen Partei auf dem Lande aufhalten zu können. Darin wird er sich aber gewaltig irren. Die Reichstagswahlen ergaben in allen umliegenden Ortschaften, trotz größter Hebe durch die „Volks-“ und „Bergwacht“, die den verfolgten Paul-Hennig-Brief

Herr Barzil, wir fordern Sie auf, sich vor der gesamten Klassenfront zu rechtfertigen! Bauarbeiterkollegen! Schließt euch innerhalb der Gewerkschaft zu Oppositionsgruppen und auf den Baustellen zu Betriebsgruppen der revolutionären Gewerkschaftsoption zusammen. Nehmt in der nächsten Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes zu den geschäftlichen Vorgängen Stellung und verlangt Rechenschaft. Kämt in eurer Gewerkschaft mit solchen Subjekten und Dienern des Kapitalismus, wie Barzil einer ist, ent-schieden auf.

## An alle Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen!

Nieder-Salzbrunn. Mittwoch, den 23. November, nachmittags 3 Uhr, findet die Urnenbesetzung des Genossen Bruno Beder statt. Alle Mitglieder sämtlicher Organisationen erweisen dem revolutionären Kämpfer die letzte Ehre durch restloses Erscheinen. Besetzung Kommunalfriedhof Parteibüch, Altwasser.

veröffentlichten, durchschnittlich 100 bis 200 Prozent Stimmengewinn für die KPD. Das ist die beste Antwort auf die freche und verlogene Hebe, die die SPD. nur im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung betreibt. Die kommunistische Partei wird auch weiterhin fest zu der Arbeiterschaft und dem unterdrückten Landvolk stehen. Nur im gemeinsamen Kampf unter revolutionärer Führung wird das Glend der wertvollen Massen beseitigt. Gegen die willkürlichen Hausdurchsuchungen muß ein Massenprotest der Werktätigen aller umliegenden Dörfer einsetzen.

## Aus der Praxis eines Nazi-Gemeindevorstehers

Hunger, Kälte und Wohnungselend für die Erwerbslosen. Liebichau. Schon des öfteren mußten wir uns mit den Methoden der Bedürftigkeitsprüfung durch den Nazi-Gemeindevorsteher Fiebig befassen. An den Vorgängen in Liebichau zeigte sich so richtig, welches Unheil die SPD. mit der Erwerbslosenversicherung an Stelle der Erwerbslosensicherung noch außer der Erwerbslosensicherung für die Betriebsarbeiter in Form der Bedürftigkeitsprüfung brachte. Schon immer herrschte in der Gemeinde Liebichau großes Wohnungselend. Es ist auch heute keine Seltenheit, daß selbst erwachsene verheiratete Kinder in den engen Wohnungen ihrer Eltern wohnen müssen. So ergab es auch einem alten Bergarbeiter, der nur eine Küche und Stube hat, die beiden nur Löcher sind. In diesen Räumen muß seine verheiratete Tochter mit ihren 4 Kindern noch mitwohnen. Der Ehemann dieser Frau ist gezwungen, in einer anderen Gemeinde als Untermieter zu wohnen. Da er erwerbslos ist, erhält er nur den Unterhaltungsbeitrag für alleinlebende Ledige. Die Frau und Kinder erhielten zunächst nichts. Darauf stellte die Frau den Antrag auf Hilfsbedürftigenunterstützung. Für die 4 Kinder wurden ihr ganze 4 Mark pro Woche bewilligt. Der Gemeindevorsteher verlangte, daß der Vater der betreffenden Frau für seine verheiratete Tochter und Enkelkinder sorge. Zudem daß die Familie in einer ganz engen Wohnung hausen muß, wird sie um die ihr zustehende Unterstützung betrogen. Das ist die Praxis des Nazi-Gemeindevorstehers.

Ein anderer Erwerbsloser hat ein Haus, in dem noch drei ebenfalls erwerbslose Arbeiter wohnen. Ihm und seiner Frau bewilligte man pro Woche ganze 4 Mark, obwohl der Haushalt nichts einbringt.

Die ledigen Erwerbslosen über 18 Jahre erhalten nur 3 bis 5 Mark. Auch sie können davon natürlich nicht existieren.

Hunger und Kälte erfassen immer mehr Einwohner von Liebichau. Um das nackte Leben zu erhalten, müssen die Erwerbslosen sich mit ihren Frauen und Kindern zur Einheitsaktion zusammenschließen und den Kampf gemeinsam am Winterhilfe, Kartoffeln, Kohlen, Milch für die Kinder usw. aufnehmen!

## SPD.-Referent Wiesmann gesteht:

### Sozialisierungsanträge der SPD. sind Betrug

Gausdorf, Kr. Waldenburg. Die SPD. brachte noch kurz vor der Reichstagswahl, um ihren schon im voraus erwartenden Bankrott zu verhindern, eine große Kanone nach hier. Der Referent Wiesmann-Waldenburg, zweiter Arbeitsamtsvorsteher, machte so wichtige Ausführungen, daß wir noch einmal darauf zurückkommen wollen. Er meinte unter anderem, daß „wenn der Magen nicht mehr mit kann, auch die Gedanken zum Stillstand verurteilt sind. Auf Grund dessen wäre zu verstehen, daß sich die Stimmen der KPD. und Nazis vermehrt hätten“. Wir sind jedoch anderer Meinung. Das ergibt sich am deutlichsten aus dem letzten Wahlergebnis vom 7. November, wo wir mit fast 100 Prozent die SPD. hier im Ort schlugen. (Stimmenzahl der KPD. 96, der SPD. nur 52.) In der Diskussion meldete sich unser Genosse Schumann. Derselbe wies kurz darauf hin, daß die SPD.-Arbeiter denselben Hunger hätten wie die Arbeiter einer anderen Partei. Ferner gerühmte unser Genosse die demagogischen „Sozialisierungs“anträge der SPD. gegen

über dem SPD.-Organ „Bergwacht“, die immer schreibt, „Teilszialisierung“ wäre möglich, erklärte Sozialdemokrat Wiesmann im Schlußwort:

„Es ist richtig, daß man von einem Papen nicht verlangen kann, was Severing, Braun und Hermann Müller nicht imstande waren, durchzuführen. Diese Sozialisierungsanträge seien nur Agitationsanträge.“

Die Sozialisierungsanträge der SPD. sind also ein neues Betrugsmaschinerie der SPD.-Führer. Das sagen wir Kommunisten den sozialdemokratischen Arbeitern von Anfang an. Jetzt muß es ein SPD.-Referent bestätigen. Die SPD.-Arbeiter müssen daran erkennen, daß all das radikale Gerede und die vielen Sozialisierungsanträge nur der Verwirrung unter den Arbeitern und damit der kapitalistischen Diktatur helfen. SPD.-Arbeiter, darum schmiedet mit den Kommunisten die Einheitsfront zum Kampf um den Sozialismus.

## Mit der Grubenfunze durchs Waldenburger Land

Funzen-Seier! Montag und Dienstag dieser Woche waren die „Glückstage“ der Waldenburger Kumpels. Da war wieder nach einem Monat Ruhe „großer“ Sonntag. Immer miserabler wird der Inhalt derbeutel. So viele Kumpels gehen mit dem leeren Beutel nach Hause, nachdem sie vier elende Wochen Krümpertzeit hinter sich haben. Aus den Gesichtern liest der Beobachter vor dem Zeichen-gang unaussprechlichen Haß gegen die Ausbeuter. Nicht geringer ist die Erbitterung gegen die Bonzen der Gewerkschaften, die vor und bei Einführung des Bierhausplans den Werturlaub in den schönsten werden malten und denselben als eine „soziale Errungenschaft“ bezeichneten. Es war sogar schon so weit, daß sozialdemokratische Funktionäre das Krümpersystem als ein „Stück Sozialismus“ darstellten. Nach diese werden inzwischen, soweit sie nicht irgendwelche Nebenbedürfnisse haben, am eigenen Leibe verspürt haben, wie recht wir Sozialisten hatten, als wir mit aller Kraft gegen die Einführung des Krümpersystems Sturm liefen.

Dazu kommt, daß bei verschärfter Ausbeutung und geringerem Verdienst verschiedene Lebensmittelpreise, vor allem Fleischwaren, wieder anziehen. Zur Anschaffung von warmen Unterjacken fehlt einfach das Geld. In dürriger Kleidung und abgerissenen Schuhen müssen die Kinder im Regen und Kälte zur Schule, wo sie durchfrieren und mit leerem Magen lernen sollen.

Wo bleibt die mehrerermaßen versprochene „Hilfe“ vom Reichspräsidenten und den Ministern, die das Hungerland im Vorbeigehen durch die Fensterheben ihrer Luxusautos beschütigen? Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen waren gefüllt mit Lobeshudeln über das „Verständnis“ der hohen Herren. Die versprochene „Hilfe“ für die Werktätigen blieb aus, wie das die Kommunisten schon vorausgesagt. Geholfen wurde aber den nimmerlatten Kohlenbaronen.

Wer kann uns helfen? Niemand anders als wir selbst, indem wir unter Führung der kommunistischen Partei und der KPD. den Befreiungskampf organisieren.

Waldenburger Kumpels! Fordert für den Krümpersystem volle Erwerbslosenunterstützung anstatt der fünfzig Prozent! Organisier: den gemeinsamen Kampf für die gerechte Forderung! Und ihr, Erwerbslose des Hungerlandes, kämpft außerpar-

des Parlaments in der Einheitsaktion für ausreichende Winterbeihilfen!

In der Kreisstadt obengenannten Landes stoße ich auf einen ungefähr vierzig Mann starken Zug von Rekruten. Bei näherem Besehen erkennt man dieselben als „freiwillige Arbeitsdienstler des Reichsbanners“. Sie arbeiten für Verpflegung und Bettelspenne auf dem Gelände vor dem Arbeitsamt Waldenburg. Sie, die wohl fast alle gewerkschaftlich organisiert sind, sie denken nicht an einen Tariflohn, sie denken nicht an ihre verheirateten Klassengenossen, denen sie durch ihre billige Arbeitskraft die Arbeit wegnehmen. Kein Wort des Protestes vom Bau-gewerksbund, dessen Leitung doch dem Reichsbanner so sehr nahe steht.

Eine Schilderung in der „Bergwacht“ Nr. 267 vom 12. November unter der Überschrift: „Reichsbannerjugend im Arbeits-lager“ ist dazu bestimmt, allen Jungarbeitern erstens einmal den „freiwilligen Arbeitsdienst“ schmachtlos zu machen, und zweitens, sie für die Arbeitsdienstpflicht vorzubereiten. Nur einen Satz greife ich heraus. Es steht da: „Es summt und singt und lacht und schwagt um die Zeit der Hauptmahlzeiten, mittags und abends in den hohen Korridoren der Schule, als sei täglich ein großes Jugendfest.“ Durch diese Schreibweise will man auch den Jungproleten vom Reichsbanner verweisen machen, daß sie Opfer der kapitalistischen Gesellschafts-ordnung sind und ihnen um bessere Tariflöhne kämpfenden älteren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen. Und dieser Weg durch das Arbeitslager soll nach dem Schlußsatz der Schilderung „einmal zur Sonne, zur Freiheit, einmal zum Licht“ führen? Nein, Jungarbeiter, nicht der Weg durchs Arbeitslager, sondern der Weg des unveröhnlichen Klassenkampfes für eure elementarsten Forderungen wird euch die Freiheit bringen in einem Sowjetdeutschland.

„Juda verrecke.“ „Nieder mit den Juden.“ das waren die Schladtrufe der Nazis. Auch da hatte ich Gelegenheit, einem solchen Kampf gegen die von Nazis so gehassten Juden beizuwohnen. Ein SA.-Mann in Zivil, begleitet von seiner Anastasia, kaufte Filzschuhe und einen Gut in einem jüdischen Geschäft und bezahlte prompt an zwei Kassen. Auf der Straße erklärte mir ein ebenso übergeugter SA.-Mann: „Wenn ich die Ware beim Juden eine Mark billiger kaufen kann, als in einem anderen Geschäft, kaufe ich eben beim Juden.“ Wer nimmt das den Kapitalproleten übel? Niemand. Ihre Erwerbslosenunterstützung ist nicht höher, als die jedes anderen Unterstützungsempfängers. Sie sollten aber das Maul nicht so weit aufreißten gegen die Juden. Auch ihnen muß in sachlicher Diskussion klargestellt werden, daß wir auch

Arbeiter nicht kämpfen „Rasse gegen Rasse“, sondern „Klasse gegen Klasse“.

Das Schullinder an der Postfilz stark interessiert sind, ist bekannt. Auf meiner Funztour höre ich im Vorbeigehen, wie so ein kleiner Knirps einen Straßenpassanten mit „Rot Front“ grüßt. Der Kleine erhält keine Antwort und grüßt „Freiheit“. Weil der Begrüßte immer noch nicht dankt, verjuchst der Junge mit „Heil Hitler“. Auch diesen Gruß verweigert der Mann nicht, worauf der Knirps fragt: „Sie sein muß ei gar tenner Partei?“ Dieser Kleine Junge sieht also schon ein, was mancher Erwachsene noch nicht einsehen will, nämlich, daß es für jeden Arbeiter eine Notwendigkeit ist, sich politisch zu organisieren. Allerdings nur in einer revolutionären Organisation.

Jetzt soll Gottschäberg mit den „Glückstagen“ dran sein, die Waldenburg hinter sich hat. Man ist sich über die Farbe noch nicht ganz klar. Wie wärs denn mit Himmelblau für die Invalidenstadt? Die arme Bevölkerung kennt nur noch Fluchttag. Dafür sorgt ja der Magistrat als Volkstretter der Papenischen Ausbeutungspolitik. Wie soll noch Kaufkraft vorhanden sein, wenn fortwährend „drakolnische Maßnahmen“ gegen die hundsmiserable Lebenshaltung der Armen der Armen durchgeführt werden? Ohne Erbarmen wird den Wohlfahrtsempfängern die Unterstützung gekürzt. Auf Anträge erhalten die Hilfesuchenden vom Magistrat spöttische Antworten. So wollte z. B. ein verheirateter Erwerbsloser eine Beihilfe für Bekleidung haben. Antwort des Magistrats: „In Ihrer Unterstützung von 48 Mark ist auch schon ein Teil für Bekleidung mit enthalten.“ Also abgelehnt. Ein Berufsunfähiger, Vater von sieben Kindern, lebt nach Ansicht des Magistrats so gut, daß er keine Mietbeihilfe, die er beantragt, braucht. Hunderte solcher Anträge werden in dieser Form vom Magistrat mit der Unterschrift von Güttler oder Glitzmann kassmäßig abgetan.

„Kampf gegen Papen“ schrieb die „Bergwacht“ und in der letzten SPD.-Wahlversammlung auch der Stadtrat Berger. In Wirklichkeit sind diese Leute die besten Eintreiber. Alle Verschlechterungen werden im Magistrat zugunsten der Baronregierung einstimmig beschloffen.

Nicht „Glückstage“, sondern Kampf gegen National- und Sozialfaschismus. Jeder ehrliche Prolet reiße sich ein in die Rote Einheitsfront und kämpfe mit der KPD. für eine Arbeiter- und Bauernrepublik.

Wo funzen wir nächste Woche? In welchem Betriebe, in welchem Ort? Rot Front!

# Auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft

Genossen, die Sache der Weltrevolution markiert an allen Fronten vorwärts. Unsere bolschewistische Bruderpartei hat die gewaltigsten Erfolge im Kampf für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft erreicht. Eine Reihe Sektionen der Komintern in den kapitalistischen Ländern haben große Fortschritte gemacht, große Schritte in der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse ihres Landes. Genosse Manuilski stellte in seinem Bericht auf dem 12. Plenum fest:

„Wenn die Rolle des ersten Fünfjahresplans in der Wendung der Arbeiter der kapitalistischen Länder zum Kommunismus eine gewaltige war, so wird die Rolle des zweiten Fünfjahresplans zur entscheidenden werden.“

Die Periode des zweiten Fünfjahresplans wird die größte geschichtliche Periode in der bisherigen Entwicklungsgeschichte der Menschheit sein. Dabei sind die russischen Arbeiter und auch wir fest überzeugt. Die wirtschaftliche Hauptaufgabe des zweiten Fünfjahresplans besteht darin, die gesamte Volkswirtschaft der UdSSR zu rekonstruieren. In technischer Hinsicht werden die fortgeschrittensten Länder Europas eingeholt und überholt werden. Die Sowjetwirtschaft wird hinter Amerika den zweiten Platz in der Welt einnehmen. Damit wird die Aufgabe erfüllt werden, die Genosse Stalin auf der Konferenz der Wirtschaftsführer gestellt hat: In fünf bis zehn Jahren die Bilanz aufzuholen, die die hundertjährige Rückständigkeit des alten Rußland von den fortgeschrittenen Ländern trennte. Unter Führung der bolschewistischen Partei wird das Proletariat der Sowjetunion im zweiten Fünfjahresplan für 22 Millionen Tonnen Getreide, 250 Millionen Tonnen Kohle, 50 Millionen Tonnen Rohwolle, 65 Millionen Tonnen Stahl, 100 Milliarden Kilowattstunden Elektroenergie, 30.000 Kilometer neue Eisenbahnen, Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 120 bis 140 Prozent durch Verbesserung der Mechanisierung usw., 30 bis 35 Prozent Senkung der Selbstkosten, Verbreiterung der Produktion im Verhältnis zum Jahre 1932. Der unerschütterliche Wille der Millionen Werktätigen, der zum Ausdruck kommt in der eisernen Disziplin der bolschewistischen Partei, das ist die lebendige Garantie für die Erfüllung dieses herrlichsten aller heroischen Pläne. Die materielle Lebenslage der Massen wird sich im Verlauf des zweiten Fünfjahresplans um das Zweifache bis Dreifache steigern.

Die zentrale politische Aufgabe des zweiten Fünfjahresplans

ist die endgültige Liquidierung der kapitalistischen Elemente und Überhaupt der Klassen, die völlige Vernichtung der Ursachen, die Klassen erzeugen, die Überwindung der Überreste des Kapitalismus in der Volkswirtschaft und im Bewußtsein der Menschen.

Es geht jetzt darum, die gesamte Bevölkerung in bewußte Erbauer der sozialistischen Ordnung umzugestalten. Auch im zweiten Fünfjahresplan wird die Entwicklung durchaus nicht im Selbstlauf vor sich gehen. Die Überreste der untergehenden Klasse werden sich mit den letzten Mitteln zur Wehr setzen. In einzelnen Zeitabschnitten und Gebieten wird sich der Klassenkampf im Verlaufe des zweiten Fünfjahresplans noch verstärken. Die Rolle der proletarischen Diktatur und der bolschewistischen Partei wird in diesem Prozeß an Bedeutung zunehmen.

**Opowst**  
 BEI DER  
**STÄDTISCHEN SPARKASSE ZU BRESLAU**

## Der Schwager des Amtsvorstehers als Kirchenräuber

Obersdorf bei Frankenstein. Dieses streng katholische Nest ist wieder mal um eine Sensation reicher geworden. Bereits im vorigen Jahre wurden die Opferlästen in der Kirche von den Ministranten erbrochen (wahrscheinlich wurden diese Jungen für ihre Arbeit zu reichlich bezahlt). Zuerst wollte man diese Jungen in die Erziehungsanstalt bringen; weil es aber Besitzersöhne sind, ließ man davon ab, und über die Sache wuchs Gras. Aber das war erst der Anfang.

Anfang dieses Monats spielte sich folgendes ab: Eine Frau geht zur Kirche, um ihre Andacht zu verrichten und ist ganz allein anwesend. Später erscheint die Frau Pfarrwirtin persönlich. Es entspinnt sich folgendes Gespräch. Die Frau zur Pfarrwirtin: „Wer leert denn hier die Opferlästen?“ Die Pfarrwirtin: „Der Pfarrer selbst.“ So sagt die Frau: „Da sehen Sie sich mal besser um, und Sie werden sehr blaues Wunder erleben!“ Die Opferlästen sind von dem Schwager des Amtsvorstehers erbrochen worden. Derselbe hat Wirtschaft, Haus und Hof und hat nicht aus Not gehandelt. Der Amtsvorsteher sagte ihm, er solle seine Klischee verkaufen und so schnell wie möglich verbusst. Auch in diesem Falle versucht man die Sache zu vertuschen. Es soll ihnen nicht gelingen, erst recht nicht, weil man vor allem wieder Arbeiter im Verdacht hatte.

Die Werkfähigen müssen hieraus die Lehre ziehen und der Kirche den Rücken kehren.

## Bestellschein

Bestelle hiermit ab.....

„Arbeiter-Zeitung“  
 mit der zweimal monatlichen Beilage „Der Rote Stern“

Vor- und Zuname: .....

Ort: .....

Postbestellbezirt: .....

Vorderhaus — Seitenhaus — Quergebäude — Treppen

## Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit  
**Christ-Brot essen**

**METALLBETTEN**  
**MATRATZEN KINDBETTEN**  
**Beier & Olowinski**  
 BRESLAU HERRENSTRASSE 31

**Schauspielhaus**  
 Operettenbühne  
 Täglich 2 Mal  
 16.30 und 20.15 Uhr  
**Drei arme Meinel**  
 besonders niedrige Preise

**Deutschlands**  
 bester und größter  
**Grotesk-Schauspiel-**  
**Komiker**

**Fritz Servos**  
 mit seinem  
 Künstler-Ensemble  
**Sarkast**  
 konfektiert die große  
 Variete-Kabarett-Revue  
**Eintritt frei**  
 8.30 Uhr

**WAPPENHOF**  
 Täglich  
 (außer Sonnabend) ab 4 Uhr:  
**Nachmittags-Vorstellung**  
**10 Attraktionen**  
 jeden 1. und 16. neues Programm  
 Eintritt 30 Pfg.  
 Täglich ab 8 Uhr:  
**BALL**  
 Das ungekürzte Progr. 2 Kapellen  
 Eintritt 50 Pfg., außer Sonntag und  
 Vereinsveranstaltungen

**Monistische Gemeinde E. V.**  
 Breslau, Grünstraße 14/16  
 Ortsgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit

Sonntag, 20. November 1932, 17 1/2 Uhr  
**Vortrag**  
 im Saale Grünstraße 14/16  
 Redner: **E. Machek**  
 Thema: **Heldentod**  
 Eintritt für Mitglieder frei  
 Gäste 20 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

**Otto Lassner**  
 empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren  
 zu stets niedrigsten Preisen  
 Breslau, Ottostr. 7 · Telef. 42746

**Gebr. Pajsch, Friedr.-Wilh.-Straße 100**  
**Möbel - Wäsche**  
 Der billige Laden auch für Wiederverkäufer

**Edmund Prauso**  
 Kohlenhandlung  
 Breslau, Trebnitzer Str. 29

**Frack-Mohaupt**  
 nur Bücherplatz 20 · Ring Ecke (fr. Karlsruh. 1)  
 Telefon 57082

**WELTBÜHNE** | **ASTORIA-PALAST**  
 Friedr.-Wilh.-Straße 35 | Fürstenstraße 32

Erstaufführung Breslau!  
 Der gewaltigste  
 Abenteuer-Tonfilm  
 aller Zeiten!  
**Buffalo Bill**  
 17 Akte  
**I. Teil:**  
**Der tollkühne Reiter**  
**II. Teil:**  
**Die brennende Prärie**  
 Spieldauer über 2 1/2 Stunden.  
 Leben und Taten des berühmtesten  
 Kundschafters u. Führers  
 in den großen Indianerkämpfen  
 des vorigen Jahrhunderts  
 Der echteste  
 aller Indianerfilme!  
**Der 1. Tonfilm dieser Art**  
 In diesem Film wirkten die in  
 ihren Reservationen lebenden  
 Stämme der **Apachen, Navajos**  
 und **Sioni** mit  
 Wo. 6., So. 3., letzte Vorst. 8 1/2

Die Riesen-Film-  
 und Bühnen-Schau!  
 Der herrliche Tonfilm, der alle  
 Herzen in seinen Bann zieht  
**Die elf Schillschen Offiziere**  
 mit Hertha Thiele  
 Hans Brausewetter  
 und weiteren 30 Prominenten  
 von Film und Bühne  
**Das brennende Schiff**  
 Ein spannender Seeroman mit  
**Käthe von Nagy, Mary Kid**  
 usw.  
 Auf der Bühne:  
 Eine musikalische Sensation  
**Die Ständardband**  
 Wo. 4 1/2, So. 3., letzte Vorst. 8 1/2

**Skat-Karten**  
 32 Blatt 75 Pf.  
**C. Kretschmer**  
 Schmiedebücke 29 b

**Kolonialwaren**  
**Spirituosen**  
**W. Krieger**  
 Breslau, Steinstr. 91  
 Telefon 30639

Am 14. November verschied plötzlich und unerwartet, infolge Herzschlag, mein Innigstgeliebter Mann, Pflegevater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Maurer  
**Bruno Becker**  
 im blühenden Alter von 35 Jahren  
 Dies zeigen an  
 Nieder-Salzbrunn, den 18. November 1932  
**Die trauernde Gattin**  
 nebst Tochter und Anverwandte  
 Urnenbesetzung am Mittwoch, den 23. November, nachmittags 3 Uhr, vom Kommunal-Friedhof Harte-Busch aus

**Möbel**  
 in großer Auswahl  
 zu sehr niedrigen Preisen  
 Zahlungs-erleichterung

**Südstadt - Lichtspiele**  
 Görlitz, Mannerwitzer Straße 26  
 bietet allen die neuesten Tonfilme  
 — bei volkstümlichen Preisen —

**Prima Kokfleich und beste Würst**  
 Täglich von früh ab  
**Warme Würst und Brötchen**  
**Siegnitz, 20 Spoorstr. 20**

**Lederjacken**  
 19.—, 23.—, 29.— Mk.  
 Auffärbung 8.— Mk.  
 und Reparaturen billigst  
**Lombard- und Warenhaus**  
 Gartenstraße Nr. 28, Hof  
 Gartenstraße 53/55, neben Liebhich

**Oels**  
**Gustav Roder, Kleine Mühle**  
 Telefon 329  
 Ia Roggen — Weizenmehle  
 Grieß — Graupen — Futtermittel  
 Kohlen und Holz

**Breslau 6**  
**Georg Eckstein / Spedition**  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 24 — Sammelruf 23044  
 Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten

**Einkaufs-Vorteile**  
 • besonderer Act nur im  
**KAUFHAUS ZUM STRAUSS**  
 PUD KARSTADT AG GÖRLITZ

**Karsunky**  
 Waldenburg  
**Ring 10**  
 Ecke Gottesberger Straße

**Erstklassige Nähmaschinen u. Fahrräder**  
 Bereifung, Elektrische Fahrradbeleuchtung sowie alle Ersatzteile, Reparaturen fachgemäß und billig  
 An- und Verkauf von gebrauchten Nähmaschinen und Fahrrädern

**Herberg, Weißstein**  
 Salzbrunner Straße Nr. 1  
 Standard-Tankstelle

**Inserate**  
 haben in unserer Zeitung  
**guten Erfolg**

Für die langen Winterabende  
**ein gutes Buch**  
 aus der  
**Neuzeitl. Leihbücherei**  
 Anton Blumenschein  
**Liegnitz, Burgstr. 70/71**  
 1. Viertel vom Ring  
 Ständig. Eingang von Neuzercheinungen

**AKAZAR**  
 Täglich  
**4.30 Uch**  
 nachmittags  
 Familien-Vorstellung  
**Eintritt frei**  
 Kaffee und Kuchen  
 zusammen 50 Pfennig

**Rommé Karten**  
 168 Blatt 1.90  
**C. Kretschmer**  
 Schmiedebücke 29 b

**Spezialhaus für Bastler**  
**Bastlerquelle**

Spezialität  
**Sperrplatten**  
**Laubsägeholz**

und alles was der Bastler braucht  
**Brüderstraße 81**  
 Telefon 57104  
**Friedr. Wilh.-Str. 62**  
 Telefon 57107



# Weiter vorwärts in der Bolschewisierung der schlesischen Parteiorganisation

## Einheitliche Geschlossenheit der Plenar-Bezirksleitung der KPD. Schlessen für unsere bolschewistische Parteilinie und -führung

Breslau. Am Sonntag, dem 18. November, tagte die Bezirksleitung Schlessen der KPD. mit den verantwortlichen Parteiarbeitern. Sie nahm Stellung zu den Beschlüssen des 12. Plenums der 3. Reichskonferenz in Verbindung mit der Auswertung des Wahlergebnisses vom 6. November. Nach dem Referat des politischen Leiters, nach einer gründlichen Diskussion des vorgelegten Resolutionsentwurfes und der Aufgaben der Partei wurde von der PL. zu dem Ergebnis des 12. Plenums, der Reichskonferenz, zu den Beschlüssen gegen die Gruppe Neumann, zu den Ausschüssen gegen die konterrevolutionäre Gruppe Ryutin und ihrer prinzipienlosen Helfer Sinowjew und Kamenev aus der KPSU. einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Bezirksleitung der KPD., Bezirk Schlessen, zum Ausschluß der parteifeindlichen Gruppe Zwanow, Sinowjew, Kamenev aus der KPSU.:

Die Bezirksleitung begrüßt den Ausschluß der konterrevolutionären Gruppe Ryutin und deren Helfer Sinowjew usw. und unterstreicht die Beschlüsse der Reichskonferenz zu diesem Ausschluß.

Die Bezirksleitung prüft in revolutionär enger Kampferbundenheit die Lehren der KPD., die Partei Lenins, die KPSU. mit seinem bolschewistischen ZK., dem Führer des Weltproletariats, den Genossen Stalin.

Die Bezirksleitung der KPD. Schlessen begrüßt die Beschlüsse des 12. Plenums und der Reichskonferenz, sie stimmt ihnen vollinhaltlich zu und gelobt, die Beschlüsse gemeinsam mit dem ZK., unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann, mit bolschewistischer Mut und eiserner Disziplin in die Tat umzusetzen.

Die Bezirksleitung begrüßt die Beschlüsse des Volksrates des GfL und die einheitliche Stellungnahme der 3. Reichskonferenz gegen das parteifeindliche Treiben der Gruppe Neumann, die in einem Gruppenkampf die Durchführung der Beschlüsse des

11. Plenums und der Beschlüsse des Februar-Plenums des ZK. zu verhindern suchten. Die Bezirksleitung wird jeden Versuch des Kampfes gegen die Generallinie der Partei sowie gegen das ZK. unter Führung des Genossen Ernst Thälmann mit aller Entschiedenheit bekämpfen.

Die Diskussion und Problemstellung, sie beweist, daß auch in der schlesischen Parteiorganisation die Bolschewisierung der Partei gewaltige Fortschritte machte. Im Treuegebühre zum ZK. unter der

Führung des Genossen Thälmann, in der Bereitschaft, gegen alle Feinde der Partei und gegen alle Versuche, die Durchführung der Generallinie zu verhindern, zu kämpfen, die Beschlüsse des 12. Plenums und der Reichskonferenz, die Diskussion zum Bezirksparteitag durchzuführen und die Partei in schnellerem Tempo in Schlessen heranzuführen an die Lösung der strategischen Aufgabe: Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse!, wurde die Tagung geschlossen.

# Zwangskursus durch Einheitsfrontaktion aufgelöst

Breslau, 18. November. Das Arbeitsamt, Abt. Bau, vermittelte für die Baustelle Menzelstraße jugendliche Erwerbslose zu einem Fachkursus. Die Arbeitszeit wurde in zwei Kursen aufgeteilt; ein Kursus von Montag bis Mittwoch und der andere Kursus von Donnerstag bis Sonnabend. Die Jugendlichen sollten in diesem Kursus Facharbeiten lernen. Gleich zu Beginn des Kursus am Donnerstag um 8 Uhr morgens hatten die Teilnehmer sofort Stellung zu den Ausführungen des Leiters genommen und wählten sich einen Vertrauensmann und stellten folgende Forderungen auf:

- 1. Lieferung von Arbeitskleidung.
2. Für jeden Teilnehmer freie Straßenbahnfahrt.
3. Für jeden Teilnehmer ein warmes Frühstück und Mittagessen.

Die Jugendlichen erklärten, bei Nichterfüllung dieser Forderungen die Arbeiten nicht aufzunehmen und in passiver Resistenz zu verharren. Auf Grund dieses ultimativen Drucks erklärte der Beamte des Arbeitsamtes, daß man bereit sei Straßenbahnkarte und Mittagessen zu geben. Da man nicht alle Forderungen erfüllte, hatten die

Kursusteilnehmer die Arbeit nicht aufgenommen. Daraufhin wurde der Kursus für aufgelöst erklärt und die Teilnehmer auf das Arbeitsamt befohlen.

Hieraus müssen alle Kursusteilnehmer und Jungarbeiter lernen, wie man den Kampf um seine Forderungen führt. Die Jungarbeiter müssen jetzt den Massenkampf für ausreichende Unterstützung und für wirkliche Winterhilfe in roter Einheitsfront mit den erwachsenen Kollegen führen.

# Unerhörter Unterstützungsabbau für Jungarbeiterinnen

Breslau, 18. November. Beim „Freiwilligen Arbeitsdienst“ des Carl-Löscher-Bundes auf dem Kapitelweg 3 sind 40 bis 50 Jungarbeiterinnen beschäftigt. Sie bekommen bisher eine Zulage zu ihrer Unterstützung in Höhe von 3,10 Mark, so daß sie insgesamt pro Woche 8,20 Mark als Einnahme haben konnten. In der letzten Woche wurde den Jungarbeiterinnen durch die Leiterin des Arbeitsdienstes erklärt, daß sie kein Stempelgeld mehr an der Stempelstelle bekommen, sondern daß sie den Gesamtbeitrag vom „Freiwilligen Arbeitsdienst“ ausgegahlt erhalten. Am vergangenen Sonnabend wurde den Jungarbeiterinnen plötzlich erklärt, daß der Präsident des Arbeitsdienstes angeordnet habe, daß sie wöchentlich von jetzt ab nur noch 1,50 Mark bekommen, außerdem ein warmes Mittagessen (aus den Resten des Sankt-Joseph-Stiftes).

Dieser unerhörte Unterstützungsabbau hatte zur Folge, daß eine ungenügende Ernährung unter den Jungarbeiterinnen sich breit machte, und es wurden vielfach Stimmen laut, daß man jetzt die Arbeit niederlegen müsse. Durch den Unterstützungsabbau ist die Lebenslage der Jungarbeiterinnen bedauerlich, die in Logis wohnen und starke Minderstände haben und nicht wissen, wie sie die Miete aufbringen sollen. Die Folge dieser Tatsache wird sein, daß diese Jungarbeiterinnen ihr Quartier verlieren und der Prostitution verfallen. Hier haben wir wiederum die Begründung für die weite Verbreitung der Prostitution in den kapitalistischen Ländern als Folge des sozialen Elends. Wollen diese Arbeiterinnen nicht verkommen, wollen sie nicht zum Geschlechtsverkehr gezwungen sein, dann sind sie gezwungen, ihren Körper zu verkaufen.

Die Jungarbeiterinnen müssen ihre berechnete Ernährung ummühen in den geschlossenen Kampf gegen die unerhörte Kürzung der Unterstützung. Auch sie müssen junge Männer, um Arbeit, Brot und Freiheit zu kämpfen; sie müssen sich deshalb in den kommunistischen Jugendverband einreihen.

# Hast du schon deinen Arbeitskollegen als Abonnenten geworben?

# Erfolgreiche Solidaritäts-Kundgebung

## Breslauer Arbeiter für die im Hungerstreck befindlichen Festungsgefangenen

Breslau, 19. November. Wir berichteten bereits gestern kurz, daß sich eine Rote-Hilfe-Delegation von Frauen der sich im Hungerstreck in der Festung Groß-Strehlitz befindlichen Genossen zum Strafvollzugspräsidenten begeben hatte. Die Sprecherin der Delegation, die Vandalta-Gebäude, Mitglied des Rechtsausschusses des Landtages, Genossin Franz überreichte dem Strafvollzugspräsidenten folgende Forderungen der Delegation:

- 1. Täglich zwei Stunden Sporturlaub.
2. Mehrere Gefangene können während der Beschäftigung in einer Zelle beisammen sein.
3. Der Vorsteher der Festungsanstalt kann Besuch ohne Aufsicht genehmigen.
4. Freie Wahl der Bettäre.

Der Strafvollzugspräsident erklärte nach langer Verhandlung, den Festungsgefangenen täglich drei Freistunden zu gewähren; fernerhin auch den Einfluß von zwei bis drei Genossen zu genehmigen; ebenso den Besuch der Ehefrauen der Gefangenen ohne Aufsicht und im Hofraum zu gewähren. Ueber die Provokationen des Arztes hatte sich Herr Dumann sehr unwillig und erklärte sich bereit, die Anwürfe gegen den Arzt zu untersuchen. Herr Dumann versuchte auf die Delegation dahingehend einzuwirken, daß an die Festungsgefangenen sofort ein Appell gerichtet werde, ohne die bindende Zulage erhalten zu haben, daß die Genossen den Hungerstreik, ohne irgendein Resultat erlangt zu haben, abbrechen. Natürlich wurde das von der Delegation abgelehnt. Dumann erklärte weiterhin, daß die Regierung gar nicht daran denke, den Forderungen der Gefangenen, selbst wenn sie dabei ihr Leben lassen müßten, nachzugeben. Doch diese „starken“ Worte des Strafvollzugspräsidenten wurden dadurch hinfällig, da inzwischen das Justizministerium angewiesen und verlangt hatte, daß der Medizinrat des Strafvollzugsamtes sich sofort nach Groß-Strehlitz begeben solle.

Während die Delegation oben weilte, hatten sich über 200 Arbeiter vor dem Gebäude des Strafvollzugspräsidenten am Ritterplatz eingefunden, um das Ergebnis der Verhandlung abzuwarten. Die Politische Polizei hatte ihren besten Späher entsandt, der, während die Delegation mit dem Präsidenten verhandelte, vor der Tür des Präsidentenzimmers Posten schob. Gebäude und umliegende Straßen wurden durch Polizei besetzt. Nur dank der Disziplin der Arbeiter kam es zu keinerlei Zusammenstößen mit der Polizei.

Der Protest der Arbeiterkraft muß sich in den nächsten Tagen steigern, insbesondere die Betriebe müssen jetzt mobilisieren und ebenfalls Delegationen zum Strafvollzugspräsidenten senden. Gerade das gefällte Lobesurteil in Chemnitz beweist aus neue, mit welchen ungeheuren Unterdrückungsmaßnahmen man gegen die klassenbewußte Arbeiterkraft vorgeht. Steigert und stärkt den Kampf der Roten Hilfe! Denkt an die proletarisch-politischen Gefangenen, ihre Frauen und Kinder! Zeichnet auf die Winterhilfe-Sammellisten der Roten Hilfe!

Während die Rote Hilfe durch Delegationen bei dem Präsidenten vorstellig wird, während Kommunisten die Sprecher dieser Delegation sind, enthalten sich SPD. und SAP. immer mehr und mehr. Weder die Hilfsvereinsleitung der SAP. noch die Gefangenen- und Verwundtenhilfe der SPD. kümmern sich um die neue Justizhausordnung, die die proletarisch-politischen Festungsgefangenen trifft. Sie haben sich damit selbst enthüllt, daß ihre Vereinigungen nur ein Hindernis des wahren Solidaritätsgedankens der Arbeiterklasse sind. Nur allein die Rote Hilfe führte in Verbindung mit der KPD. den Kampf gegen die Verschlechterung der Strafbestimmungen. Deshalb ist nur allein die Rote Hilfe diejenige Organisation, welche den Kampf gegen die Klassenjustiz, für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen führt. Kämpft Seite an Seite mit den Roten Helferinnen und Roten Helfern für die Befreiung eurer eingekerkerten Klassen Genossen!

# SAP.-Genosse Habel aus Strehlen ruft:

# Klassengenossen! Hinein in die Kommunistische Partei!

Strehlen, 18. November. Während die SAP.-Führer mit den SPD.-Führern zuhause sind und nach und nach zur „Mutter“partei zurückkehren, mit ihnen gemeinsam die Kämpfe der Arbeiterbewegung droffeln und abwürgen, während diese Führergarnituren eine feigenzentrierte Hege gegen die Kommunistische Partei führen, erkennen die Arbeiter, daß nur der gemeinsame Kampf, die rote Einheitsfront der Tat imstande sein kann, einen erfolgreichen Kampf gegen die kapitalistisch-faschistische Gesellschaft zu führen. Die Verleumdungen der SAP.- und SPD.-Führer gegen die Kommunisten zwingen die Arbeiter, über die Kommunisten und ihren eigenen Tageskampf nachzudenken. Darum stoßen auch die Proletarier zur roten Einheitsfront, reißen sich in die kommunistische Partei ein, in der Erkenntnis, daß nur diese Partei die Führerin in den gewaltigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit sein kann.

Der SAP.-Genosse Paul Habel aus Strehlen trat von der SAP. zur KPD. über und sandte an die SAP. folgende Erklärung: Strehlen, den 13. November.

Werte Genossen!

Obleich ich mich schon lange nicht mehr als Mitglied der SAP. fühle, da ich bereits seit Mai nicht mehr kassiert worden bin, sehe ich mich doch verpflichtet, Euch meinen Schritt mitzuteilen. Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der Sozialistischen Arbeiterpartei und meinen Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands. Als Begründung gehe ich folgendes an: Wenn bei den Reichstagswahlen am 6. November die Kommunistische Partei als einzige Siegerin aller Arbeiterparteien hervortrat, so ist dies ein schlagender Beweis dafür, daß die Taktik der KPD. richtig ist und sie es verstanden hat, die Massen zu mobilisieren. Der Kampf der SAP. erscheint mir zwecklos, da sie bei den breiten Massen kein Vertrauen gewinnt und nicht gewinnen kann. (Beweis Reichstagswahl.) Durch die Reichstagswahl bin ich auch zu der Überzeugung gekommen, daß die Kommunistische Partei die einzige revolutionäre Partei ist, welche sich mit aller Kraft für die Interessen der Arbeiterschaft einsetzt. Aus vorstehenden Gründen ist mir ein Verbleiben in der SAP. unmöglich, und ich weiß, daß in kurzer Zeit meinem Schritt mehrere Genossen folgen werden.

Mit revolutionärem Gruß

Paul Habel.

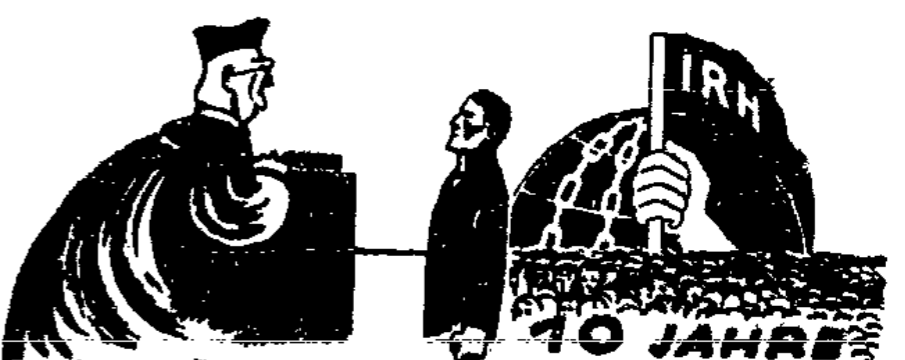
Durch folgende Erklärung hat Genosse Habel seinen Eintritt in die KPD. erklärt:

Ich erkläre hiermit meinen Austritt aus der SAP. und meinen Eintritt in die KPD. und gelobe, ein revolutionärer Kämpfer für die Ziele des Kommunismus zu werden. Ich habe eingesehen, daß nur die Kommunistische Partei mit allen Mitteln für die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch kämpft. Ich fordere alle meine ehemaligen Parteigenossen auf, meinem Schritt zu folgen. Durch rote Einheit zum Sieg!

Paul Habel.

Der Ruf des SAP.-Genossen Habel an die Klassengenossen in der SAP. und SPD. muß bei Tausenden klassenbewußten Proletariern einen mächtigen Widerhall finden. Er zeigt aber auch uns Kommunisten, daß wir mit verstärkten Kräften an die Aufklärung und Gewinnung der SAP.- und SPD.-Arbeiter streiten müssen. Sprengt die Barriere, die die Führer der SPD. und SAP. zwischen den Proletariern, die alle leiden und für ihre Freiheit kämpfen wollen, errichtet haben; reißt sie ein in die rote Einheitsfront zur Überwindung des bankrotten, mordenden Kapitalismus, zum Kampf für den Sieg des Sozialismus.

# 10 JAHRE INTERNATIONALE ROTE HILFE!



INTERNATIONALER KAMPF GEGEN HELLEN TERROR - FASCISMUS

Entlassungen und Ueberstunden auf dem Breslauer Hauptbahnhof

Der reformistische Betriebsrat deckt alle Verschlechterungen

(Betriebsbericht)

Breslau. In dem Bahnbetriebsamt Lokomotivschuppen Hauptbahnhof...

Der reformistische Betriebsrat greift der Verwaltung unter den Arm und hat auch dieser Verschlechterung zugestimmt.

Darüber herrscht natürlich große Empörung unter der Belegschaft und der übrigen Betriebsratsmitglieder...

Alle oppositionellen Kollegen hat man seit Jahren aus dem Betriebe entfernt.

Da gibt es hier aber Leute aller Schattierungen und Dienstgrade, welche eifrig bemüht sind, eine Nazizelle aufzubauen.

Zu bemerken ist noch, daß die Verwaltung in der bürgerlichen Presse nicht genug schreiben kann von Arbeiterentlassungen...

triedrat auf Lebzeiten. Die Belegschaft ist der Ueberzeugung, daß ein deraartiger Betriebsrat zu verschwinden hat...

Kollegen vom Hauptbahnhof, mit diesen rigorosen Maßnahmen sollen die Ersparnisse aus uns herausgeholt werden.

Hier, Kollege Eisenbahner, hast du die Liste der hochbezahlten Beamten, vergleiche dabei deinen spärlichen Lohn und Gehalt...

Table with 2 columns: Position and Salary. Includes Generaldirektor, Direktoren, etc.

Außerdem verwendet die Reichsbahn für sachlichen Wertsport

Vergeßt nicht die politischen Gefangenen

Die Rote Hilfe Scheitling veranstaltet am Sonnabend, dem 19. November, im Lokal „Oberstrom“...

und Bahndiener ungeheure Summen. Für diese Zwecke erhielt die Reichsbahn allein 20 Millionen als Zuwendung.

Ihr Eisenbahnkollegen, erseht aus dieser Aufstellung, daß man nur an euch spart.

Darum duldet keinen Lohnabbau mehr, keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Der Betriebsratsvorsitzende sanktioniert die Verschlechterungen.

Darum müssen sich die Eisenbahner sofort eine Kommission wählen, wo Kollegen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit hineingewählt werden.

Teilbelegschaft beschließt passive Resistenz in B.N.A. Hausdruckerei ergreift Maßnahmen gegen provozierenden Abteilungsleiter

Breslau. Wie der Ausgang der Wahl, insbesondere das Erstarren der kommunistischen Partei, den Reaktionen in die Knochen gefahren ist...

Besonders der Abteilungsleiter Herr Erwert, wohnhaft in Zimpel, ist einer, dessen Behandlungsmethoden jeden Arbeiter erbittern muß.

Die Behandlung durch den Abteilungsleiter wurde so gemein, daß die Belegschaft der Abteilung Hausdruckerei, besonders die Seher, sich die Tonart verboten und die Belegschaft dieser Abteilung beschloß...

Man gab sich die erdenkliche Mühe, den ausbrechenden Kampf gegen die menschenunwürdige Behandlung abzuwehren.

Herr Erwert hing bei der Präsidentenwahl ein Plakat mit der Inaffigen Aufforderung aus seinem Fenster: Wählt Liste 1, Löbe.

Die Kollegen der „B.N.A.“ müssen daraus die Lehre ziehen, daß sie durch geschlossenes Auftreten und Zusammenhalten nicht nur eine Abhilfe eines Menschenjinders, sondern auch seine Beseitigung erzwingen können.

Gegen Sanierung des Konsumvereins „Vorwärts“ auf Kosten der Mitglieder

Breslau. Am Freitag fand im Zentral-Ballsaal, Weidenstraße, eine Mitgliederversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ statt.

Thema der Versammlung war: Wie kann der Zusammenbruch des KZV verhindert werden?

Der Vorstand des „Vorwärts“ war durch das Vorhandensein der Pehla vertreten. Dr. Edelein schilderte als Ursachen des Zusammenbruchs des Vereins einen aufgeblähten Beamten- und Angestelltenapparat...

Nach dem Vergleichsvorschlag will die GGG zugunsten der Sparer auf die 2. Hypothek verzichten.

Jedem eine Konsequenz zieht Edelein nicht. Er läßt die Mitglieder absolut im Unklaren tarben und empfiehlt indirekt die Annahme des Vergleichsvorschlages.

Der GGG wohl alles verstanden werden soll, daß sie aber den Sparer gegenüber keine Bürgschaft übernimmt...

werden, daß sich die Gesamtsumme der Mitglieder auf 120 Mark erhöhen würde.

Das Vorstandsmitglied Pehla gab in gewundenen und zustimmenden Erklärungen die Mißwirtschaft zu und schob, so nebenbei um gut Wetter bittend, die Schuld auf tote oder an irgend einem anderen Ort „zum Wohl der Arbeitererschaft“ wirkende Bonzen ab.

Die Diskussion brachte auch einige andere Differenzen zutage. Auch der neugewählte Geschäftsführer Steffen (der aus dem KZV und der KPD. hinausfiel) soll durch Protektion des Leichenpfeifers...

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß der Zusammenbruch des KZV nicht etwa durch zu wenig Kaufen der Mitglieder erfolgte, sondern durch die Bankrottspolitik der SPD-Größen...

Als der von revolutionären Arbeitern geleitete Konsum in Halle durch die GGG in enger Verbindung mit den Kapitalisten zugrunde gerichtet worden war, stimmte die „Volkswacht“ ein wahres Freudengefühl an.

Die Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“ müssen sich allen Maßnahmen, die zu ihrem Schaden getroffen werden können, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Die Mitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“ müssen sich allen Maßnahmen, die zu ihrem Schaden getroffen werden können, mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Auch in Breslau Demonstration gegen die weitere Zerschlagung des Strafvollzuges

Es wird uns geschrieben: Am vergangenen Montag demonstrierten revolutionäre Jungarbeiter vor dem Gerichtsgefängnis in der Graupenstraße.

Profeton-Wochenprogramm. Einmal in der Woche eine ausgezeichnete Kinounterhaltung in dieser graugrünen Freizeitzeit ist eine kleine Freude.

Monatliche Gemeinde, Breslau, Grünstraße 14/16. Ortsgruppe des Volksbunds für Arbeitsfreiheit. Am 20. November um 17.30 Uhr veranstalten wir eine Sonntagsfeier im Saale Grünstraße 14/16.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau. 1. Abteilung: Sonntag abend um 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei Mally, Weidenstraße 37.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöblich in Breslau. Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. Für Illustrationen: Albert Callow, Breslau.

# Hunger- und Wohnungselend an der polnischen Grenze

## Nur die Einheitsaktion, der Kampf um eine Arbeiter- und Bauernrepublik bringt auch der Grenzlandbevölkerung Befreiung

Guhrau. Landrat Neumann ist nun hier weg. Von dem feigen feudalen Freiherrn mit Monatel werden die Erwerbslosen nicht einmal vorgelassen, noch viel weniger erhalten sie irgendeine Hilfe. Die Jagd scheint diesem Monatelträger wichtiger zu sein. Diese kostet natürlich viel Geld. Da wird dem Kreise einfach das Privatauto zu teuren Preisen berechnet, trotzdem jeder hier notleidende Führernehmer zum halben Preise fahren möchte, um seine Steuern aufzubringen. Das Kreisauto wurde abgeschafft. Jetzt aber machen alle lange Gesichter über die von dem feudalen Freiherrn zu hohen Preisen berechneten Dienstfahrten. Jetzt werden die 20 000 Mark, die im vorigen Jahr den ausgehungerten Erwerbslosen abgezogen wurden und als Uberschuß im Etat verbucht wurden, bald für den feinen Herrn aufgebraucht sein.

Auch der neue, noch ziemlich frisch gebadene, sehr junge Kreisarzt ist bestrebt, sich bei Gutsherrn und sonstigen Güterdirektoren beliebt zu machen. Prompt wird nach dessen Wunsch gearbeitet.

Der Arbeiter B. in Juppendorf füttert sich zum Verger des Landrats noch ein Schwein. Schnell wird ein gesundheitsgefährlicher Zustand attestiert. Der Stall, der seit über 30 Jahren an ein und derselben Stelle steht, muß jetzt als „Nebel“ gelten. Die Polizei kommt und fordert den Arbeiter auf, das Schwein sofort zu schlachten oder zu verkaufen. Der Stall wird nebst den Aborten, die 20 Meter von der Straße entfernt stehen, abgebrochen. Der Stall, für den der Monatelträger die Miete von der Wohlfahrtsunterstützung abzieht, wird nicht mehr aufgebaut. Die Aborte aber setzt man einem alten früheren Dominiumarbeiter, der arbeitsunfähig geworden ist, vor die Nase, dicht an den öffentlichen Weg. Hilfe! Hilfe! vor solchen Schilfbürgerstücken, die doch auf keine gute Kinderstube des Medizinalassessors zeigen.

Was ist mit den dem Kreisarzt gemeldeten Sanjzuständen in Ellguth? Da geschieht nichts! Die Milch steht Tag und Nacht im Kuhstall. Der seit Jahren verwendete Zuchtschüssel war vollständig an Tuberkulose erkrankt, so daß das ganze Fleisch vernichtet werden mußte. Und was wird mit den Kühen und der Milch? Die Verordnung über die Behandlung der Milch hängt wohl im Stall. Der Gutsherrnwahler ist selbst Amtsvorsteher, deshalb will man da nicht eingreifen.

Den Arbeiter Pentzschel in Gelschen ermittelte man in eine seit Jahren polizeilich gesperrte Wohnung. Der Regen läuft oben rein und unten raus. Pilze braucht der Arbeiter nicht erst im Walde zu suchen, die wachsen an der Wand. Der Landjäger Werst freut sich ob der Helbenat, einen Proleten trotz der Warnung des nach etwas menschlich denkenden Amtsvorstehers Wiedermann in diese gefährliche Hölle zu sperren. Die fünf kleinen Kinder des Arbeiters sind dort buchstäblich dem Tode preisgegeben. Es ist nicht einmal ein Ofen vorhanden. Außerdem wird dem Arbeiter noch auf Veranlassung des Monatelträgers hohe Miete von seiner Unterstützung abgezogen.

Die werktätige Bevölkerung an der polnischen Grenze, die unter dem Versailles Diktat besonders zu leiden hat, muß sich zum gemeinsamen Handeln zusammenschließen. Der nationale Monatelträger und Landrat hat in wenigen Wochen gezeigt, daß von dieser Seite keine Hilfe kommt. Hilfe kommt allein von dem gemeinsamen Kampf der Werktätigen außerhalb des Parlaments. Die Kommunisten rufen euch Werttätige an der polnischen Grenze zur Einheitsaktion gegen Hunger und Elend, für Arbeit und Brot. Reicht euch ein in diese Kampffront! Kämpft mit uns für eine Arbeiter- und Bauernrepublik, die allein Befreiung auch für die Grenzlandbevölkerung bringt!

## KPD. in Beuthen a. O. stärker als die SPD.

Beuthen a. O. Die Reichstagswahl brachte für die KPD. in Beuthen einen starken Stimmengewinn. Die KPD. hat die SPD. überflügelt und ist damit zur zweitstärksten Partei am Orte geworden. Die KPD. erhielt 352 Stimmen, während die SPD. nur noch 220 Stimmen erhielt. Dieser Vormarsch der KPD. ist ein Ausdruck des wachsenden Vertrauens der Arbeiter und Werktätigen zur einzigen Todesfeindin des Kapitalismus, zu der Führerin im Befreiungskampf der Arbeiterklasse, zur kommunistischen Partei.

In Beuthen führte die KPD. die erwerbslosen Massen in den Schul- und Mieterstreik gegen den Unterstützungsraub. Der Schul-

streik brachte einen Teilsieg. Daran ersehen die Massen deutlich, daß auf dem Wege der von den Kommunisten vorgeschlagenen und geleiteten Einheitsaktion etwas erreicht werden kann. Die Arbeiterschaft von Beuthen hat der SPD. eine deutliche Absage erteilt. Das ist die Quittung für Streikbruch, Unterstützungsraub und drücklich auf die berückichtigte Wohlfahrtskommission, in der die SPD.-Vertreter mitgeholfen hatten, den Erwerbslosen das letzte Stück Brot wegzunehmen. Selbst langjährige Mitglieder der SPD. haben diesmal KPD. gewählt. Wir werden auch weiterhin vorstoßen und immer an der Spitze der kämpfenden Arbeiter stehen.

## Faschistischer Gutsbeamter prügelt Landarbeiter

### In der Einheitsaktion müssen alle Dominium-Arbeiter die Prügeleien verhindern

Herrndorf, Kr. Glogau. Auf dem Dominium herrscht der Wirtschaftsberrante Kaiser, der ein großer Prügelheld ist. An einem Sonnabendnachmittag kam er auf dem Nieder-Dominium angerannt, rief dem Ochsenführer Oskar Mrozkowiat die Reine aus der Hand, gab ihm ein paar Ohrfeigen, drehte den Arsch und um und hieb auf den Jungarbeiter ein, bis derselbe zusammenbrach und auf dem Boden liegen blieb.

Der so mißhandelte Jungarbeiter war gezwungen, ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen. Der faschistische Wirtschaftsberrante Kaiser trat sich diese Prügelmethoden nur gegenüber den Jugendlichen zu. Der Vater des Mißhandelten ist in einer Heilanstalt, die Mutter ist ebenfalls nicht mehr arbeitsfähig und bezieht Rente. Der Wirtschaftsberrante glaubt gerade diesen Jungarbeiter, weil er scheinbar schutzlos dasteht, verprügeln zu können. Die übrigen Arbeiter auf dem Dominium dürfen das nicht dulden. Sie dürfen nicht zulassen, daß einer der ihrigen, selbst wenn er noch jung ist, mit Schlägen traktiert wird. Um das zu verhindern, müssen sich alle Landarbeiter zur Einheitsaktion zusammenschließen! Sie müssen Mitglied des Einheitsverbandes der Landarbeiter werden und mit diesem kämpfen.

## Ein Jungpionier schreibt uns

### Warum kam mein Vater ins Gefängnis?

Weil er für uns Kinder, für ein größeres Stück Brot, und weil er in den Reihen des revolutionären Proletariats kämpfte. Dafür

## Wer macht's nach?

Löwenberg. Der Genosse Franz Knoblich aus Schmottseifen, Kr. Löwenberg i. Schlef., hat am Sonntag vor und nach der Wahl folgendes verkauft und gesammelt:

45 RBZ., 50 Broschüren, 10 rote Wähler, 5 Stilk Angriff, 10 Abzeichen Antifa-Aktion, 12 Kampfbroschüren und 4 Mark auf die Sammelkiste zur Reichstagswahl.

Ebenfalls der Genosse Robert Lange aus Lauterhagen, Kreis Löwenberg. Dieser hat für etwa 5,50 Mark Material verkauft und 3 Mark gesammelt.

Genossen, ihr könnt daraus ersehen, daß es nur an der Tatkraft jedes einzelnen liegt, um die Partei durch Sammlungen zu stärken und die breite Masse durch unsere vielseitige Literatur zu klassenbewußten Kämpfern heranzugleichen.

In diesem Sinne beteiligt euch an jeder angelegten Landpropaganda und nehmt den Wettbewerb mit den beiden oben genannten Genossen auf.

## Rus dem Gemeindeparlament Kauffung

# Stahlhelm und SPD. gemeinsam für Arbeitsdienstpflicht

Kauffung. In der Gemeindevertretersitzung am 14. November fand die Beschlußfassung über Durchführung der „freiwilligen“ Arbeitsdienstpflicht auf der Tagesordnung. Der Genosse Wallbrecht gab zu dieser Frage eine Erklärung ab und stellte fest, daß der Arbeitsdienst eine ungeheure Ausbeutung der Jugend, die zum Faschismus und Krieg erzogen werden soll, darstellt. „Freiwilliger“ Arbeitsdienst bedeutet Kafarnenhofigkeit für die Jugend und noch mehr Arbeitslosigkeit für die verheirateten und älteren Arbeiter. Der Genosse Wallbrecht rief die erwachsenen und jugendlichen Arbeiter zum Kampf um tarifliche Entlohnung Arbeit an.

Um den Arbeitsdienst haben sich der Stahlhelm, die SPD. bzw. die Gewerkschaftsbürokratie und der „soziale Volksdienst“ beworben. Der Gewerkschaftssekretär Pohl aus Hirschberg hatte sogar eine Versammlung einberufen, um für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst zu agitieren. Die Versammlung war eine Pleite, da ihr die Jugend von Kauffung ferngeblieben und nur ein Duzend Leute erschienen war.

In der Frage der Arbeitsdienstpflicht zeigt sich deutlich die gemeinsame Front vom Stahlhelm bis zur SPD. Sie alle treten dafür ein, daß die Jugend ohne tarifliche Entlohnung Arbeit leisten und sich von faschistischen Offizieren herumkommandieren lassen soll.

Die Gewerkschaftskollegen, SPD. und Reichsbauernarbeiter müssen an dem Verhalten ihrer Führer erkennen, daß die SPD. sich auch weiterhin als „Kart am Kapitalismus“ betätigt. Die Arbeiter, vor allem die Jugendlichen, müssen in der Einheitsaktion für Arbeit bei tariflicher Entlohnung kämpfen. Geld ist dafür genügend vorhanden. Man darf nur die 400 000 Millionen Subventions- und die Osthilfegeber dazu verwenden. Dadurch könnte für Tausende Arbeiter in Schlefien Arbeit und Brot geschaffen werden. Diese Arbeitsbeschaffung wird jedoch nicht durch das kapitalistische System, sondern durch die Arbeiter- und Bauernrepublik durchgeführt werden. Die Arbeiter müssen dafür außerhalb des Parlaments in roter Einheitsfront kämpfen!

## Fememörder Heines 175er?

Hirschberg. Am Freitag fand vor dem Hirschberger Landgericht ein großer Prozeß statt, der die Anwürfe gegen den Fememörder Heines, die Verschlingen im Sinne des § 175 des Strafgesetzbuches betreffend, zum Inhalt hat.

Der Stahlhelmführer im Bezirk Riesengebirge, von Sydow, hatte in einer Schrift gegen den schlesischen SM.-Führer und Fememörder Heines sowie gegen den Bezirksführer Koch den Vorwurf erhoben, daß sie sich beide gegen Angehörige der SM., die in der „Sportichule“ Rothengrund bei Seidorf i. R. untergebracht waren, im Sinne des § 175 vergangen haben. Trotz einer ehrenwörtlichen Versicherung des Fememörders Heines, daß er nicht „normal“ sei, hielt von Sydow seine Behauptungen aufrecht. Er erklärte, daß er das in seiner Schrift Gesagte unter Wahrheitsbeweis stellen werde.

Bekanntlich wurde hier nicht zum ersten Male der Verdacht ausgesprochen, daß Heines 175er ist. Ist das selbe doch beim Führer der SM., Döhmer, einwandfrei erwiesen. Warum sollte Heines, der aus demselben Holz geschnitten ist, nicht auch so einer sein? Jedenfalls wird der Prozeß in Hirschberg einmal über die „Anormalität“ der schlesischen SM.-Führer einigen Aufschluß geben. Wir werden über den Verlauf noch berichten.



Die Monatszeitschrift, die am besten über die Sowjetunion informiert

Die Novembernummer soeben erschienen! Sondernummer „Fünfzehn Jahre UdSSR.“ Erhältlich in allen Buchhandlungen und bei allen Funktionären der „Freunde der Sowjetunion“

PREIS 10 Pf.

## National und christlich — alles für den Profit

### Die Saganer Molkerei und Käsefabrik fordert von ihren Arbeitern „nationale“ und „christliche“ Gefinnung, dafür zahlt sie einen Monatslohn von 55 Mark

Sagan. Vor einigen Tagen fiel uns durch Zufall ein Brief der Saganer Zentral-Molkerei und Käsefabrik Max Conrad in die Hände. Da der Brief dieser nationalgefärbten christlichen Firma für die Arbeiterschaft von Interesse ist, übergeben wir hier den Wortlaut desselben der Öffentlichkeit:

„Ich nehme Bezug auf das Gesuch in der Molkereizeitung als Gehilfe, und wäre ich nicht abgeneigt, Sie einzustellen. Ich würde 55 Mark (!) bei freier Station zahlen, jedoch unter der Bedingung, daß Sie nationalgefärbt (!) und evangelisch (!) sind. Ich kann nur einen Gehilfen gebrauchen, der wirklich was im Betriebe versteht und gewandt ist. Falls Sie dieses können, bitte ich um Zusendung Ihrer Zeugnisse und umgehenden Bescheid.“

Die Firma Conrad verlangt von ihren Arbeitern nicht wenig. Für 55 Mark im Monat sollen sie auch noch „nationalgefärbt“ und „christlich“ sein, sowie alle Arbeiten verstehen. Der Unternehmer Conrad zeigt durch sein Schreiben allen Arbeitern, daß National, Christlich und Ausbeutung zusammengehören. Der Unternehmer braucht die nationale und christliche Gefinnung, um die Arbeiter um so leichter ausbeuten zu können. Dadurch wird auch das ganze Gewerbe der Nationalisten (auch Nazis) und Christen von ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ entlarvt. Das alles sind nur schöne Worte im Interesse des eigenen Profits. Um diesen zu erhöhen, brauchen sie die „nationale“ und „christliche“ Gefinnung der Arbeiter. Das allein ist auch der Zweck der Nazi-MSD., die immer wieder ihre Anhänger zum Streikbruch gegen ihre Lohnkämpfenden Arbeiter aufruft.

Die in der Saganer Molkereifabrik der Firma Conrad beschäftigten Arbeiter müssen den Kampf gegen die Hungerlöhne und nationalistische Verleumdung in gemeinsamer Front aufnehmen. Duldet nicht, daß man euch eure Gefinnung vorfährt. Wählt euch eine Lohnkommission, die in eurem Auftrag vom Unter-

nehmer Erhöhung der Hungerlöhne fordert. Diesen Kampf um eure nächsten Lebensbedingungen seid ihr euren Frauen und Kindern schuldig. Werbet überall Mitglied der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der Führerin im Kampf gegen die Hungerlöhne!

## Erwerbslose fordern freie Arztwahl

Sagan. Der Stadtarzt Dr. Jüngling hat immer ein mit Patienten überfülltes Wartezimmer. Der Stadtarzt muß selbst hospitieren, daß er bei der hohen Zahl der kranken Wohlfahrtsempfänger nicht in der Lage ist, die Arbeit allein zu bewältigen. Das ist auch ein Ausdruck des wachsenden Elends, das immer mehr Krankheiten mit sich bringt. Die Erwerbslosen haben kein Interesse daran, ihre Gesundheit zu opfern. Sie werden daher den Kampf führen um freie Arztwahl und Winterhilfe.

## Deutschnationaler Landwirt unterschlägt Mündelgelber

Sagan. Das Arbeitermädchen F. G. war bei dem deutschnationalen Landwirt Schmidt in Kersdorf tätig. Dem Arbeitermädchen wurden vom Lohn 120 Mark Mündelgelber einbehalten. Das Geld wurde nicht an das Jugendamt abgeführt. Trotz wiederholter Aufforderungen hat das Jugendamt auch nichts unternommen, um die Gelder von dem Landwirt einzutreiben. Hier zeigt es sich, daß das Jugendamt die Freiheiten des Landwirts, der einfach das Geld einzieht, ohne es abzuliefern, noch unterschützt. Ein neuer Beweis dafür, daß auch das Jugendamt nur ein Knecht an dem kapitalistischen Stadtwesen darstellt.

